

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme halbjährlich 4 Bogen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Februar 1931

Lavals Zwittergestalt.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter)

SPD. Paris, im Februar (Eig. Bericht)

Pierre Laval, der vor dem Krieg zum antimilitaristischen Flügel der französischen sozialistischen Partei gehörte, während des Kriegs mit der sogenannten "Opposition" marschierte, die vom "Durchhalten" nichts wissen wollte, später mit den Moskauern liebäugelte und anlässlich des Spaltungskongresses von Tours, aus Sympathie für Marcel Cachin, die Sozialistische Partei verliess (allerdings ohne sich der Dritten Internationale anzuschliessen) und vier Jahre später bei den Wahlen an der Spitze einer Liste des Linkskartells in der Pariser Umgebung stand, ist heute, 47jährig, französischer Ministerpräsident.

"Laval hat angesichts seiner 47 Jahre noch Zeit sich völlig zu uns herüber zu entwickeln", erklären die Wort- und Federführer der Rechten, die ihm noch nicht ganz trauen und ihn doch als neuen Mitstreiter begeistert begrüßen. "Er ist noch jung genug, um den Weg zu uns wieder zurückzufinden", erwidern einflussreiche Leute der Linken, die ihn noch nicht verloren geben möchten und die aller Welt begreiflich zu machen versuchen, dass Laval das Ministerium, mit dem er sich der Kammer vorstellte, ja ursprünglich gar nicht zu bilden plante, sondern eine völlig andere, die Radikale Partei mit einschliessende Kombination im Kopf hatte. In Wirklichkeit dürfte es selbst den scharfsinnigsten Propheten schwer fallen, sich bei dem Versuch, die zukünftigen Wege des gegenwärtigen Ministerpräsidenten zu erkennen, auch nur einigermaßen sicher zu fühlen. Kein Charakter - doch Talent: das war von jeher die treffende Kennzeichnung Lavals. Man darf hinzufügen: viel Talent, doch nichts gelernt. Ein Durchschnittsjurist, ein Advokat ohne grösseres Format, ein gerissener Wahlstrategie, ein guter Redner: aber ohne jene tiefere kulturelle Bildung, durch die sich im allgemeinen die führenden französischen Politiker auszeichnen.

Man hat Laval oft mit Briand verglichen und hat damit Briand unrecht getan, wenigstens was dessen Leistungen betreffen. Denn als Briand das Alter Lavals hatte, konnte er sich rühmen, auf verschiedenen gesetzgeberischen Gebieten schon erstklassige Arbeit geleistet zu haben, während man in den Annalen der Kammer, in die Laval im Frühling 1914 einzog, oder in den Annalen des Senats umsonst Beweise dafür suchen würde, dass er, ehe er Minister wurde, irgendwelche nützliche Arbeit vollbracht hat. Lavals "Fall" gehört überhaupt zu den seltsamsten der modernen französischen Parlamentsgeschichte. Nicht im offenen Kampf, sondern im Halbdunkel der Couloir-Kombinationen ist Laval langsam von Stufe zu Stufe in die Höhe gestiegen. Nur weil er seine ehemalige Partei verlassen hat, ist er so rasch emporgetragen worden. Deshalb konnte der Sozialist Paul Faure gegenüber der Rechten während der Debatte über die Regierungserklärung in der Kammer feststellen, dass die Linke dem neuen Mann, den sich die Herren von rechts zum Führer erkoren haben, niemals denselben Respekt entgegenbringen werde, wie sie es tun würde, wenn die Reaktion den Mut auf-

brächte, Männer ihrer eigenen Klasse, die wirkliche Ueberzeugungen hätten, an die Spitze zu stellen. Insofern hat der "Fall Laval" eine Bedeutung, die über den unmittelbaren Rahmen der jüngsten französischen Ministerkrise hinausgeht: er zeigt, dass das rechtsstehende Bürgertum in Frankreich an Köpfen immer ärmer wird und gezwungen ist, sich sozusagen mit dem "Abfall" der Linken zu begnügen.

Praktisch hat Pierre Laval bisher noch nichts getan, was der Rechten erlaube von ihm ohne weiteres eine Verwirklichung ihres Programms zu erwarten. Er hat die Sozialversicherungsgesetzgebung, als er Arbeitsminister war, in zähester Weise verteidigt und zur Durchführung gebracht, während sie von der gesamten Rechten leidenschaftlich bekämpft wurde; er hat von jeher als ein Anhänger der Aussenpolitik Briands gegolten, die von der gesamten Rechten, wenn auch nicht im Parlament, so doch im Land als "Verrat" hingestellt wird, er hat sich bei allen Gelegenheiten für die strengste Weltlichkeit des Staats und den Ausbau der weltlichen Schule ausgesprochen, die von der gesamten Rechten mit bitterem Hass beehrt werden. Trotzdem hat ihm die Rechte neuerdings geschlossen ihr Vertrauen gewährt, wie sie es vorher André Tardieu schenkte, obwohl auch dieser sich als Befürworter der Weltlichkeit und der Aussenpolitik Briands präsentierte. Darüber ging die Presse der Rechten in ihren Siegeskommentaren über die grosse Mehrheit, die das Kabinett Laval gefunden hat, natürlich hinweg. Blätter der Linken zogen daraus jedoch den Schluss, dass numerisch zwar die alte Tardieu-Mehrheit wiederhergestellt sei, sie aber nicht den Sinn habe, den die klerikale Reaktion ihr zu geben versuche und deshalb nach wie vor die Auflösung der Kammer notwendig erscheine! Angesichts der politischen Verhältnisse ist aber einstweilen für die Auflösung der Kammer nicht die geringste Aussicht vorhanden, es sei denn, dass das Kabinett Laval sehr rasch gestürzt und die Neubildung einer Regierung auf dieselben Schwierigkeiten stossen würde, wie bei der letzten Krise. Aber das ist nicht wahrscheinlich. Schon beginnt in der radikalen Presse ein Feldzug zugunsten einer abwartenden Haltung gegenüber dem Kabinett Laval. Abenso haben die Sozialisten kein grosses Interesse an einer neuen Krise, nachdem sich zum drittel Mal seit einē Jahr gezeigt hat, dass in der gegenwärtigen Kammer keine stabile Linksmehrheit vorhanden ist.

Auch die ungefähr in drei Monaten vorzunehmende Neuwahl des Präsidenten der Republik bildet ein Hindernis für die baldige Auflösung der Kammer. Elf Monate nach der Wahl des Präsidenten aber läuft die Legislaturperiode der Kammer von 1928 ab. Man nimmt deshalb an, dass die gegenwärtige Kammer eines natürlichen Todes sterben wird. Sie wurde als Zwitter geboren und hat sich kurz vor ihrem Ende noch eine "Zwittergestalt" als Führer erkoren. Und das ist Pierre Laval!

SPD. In der Mittwoch-Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages für die Roggenstützung zeigte sich deutlich, dass besonders die Deutschnationalen den Ausschuss zur Befriedigung ihrer demagogischen und agitatorischen Bedürfnisse in dem Kampf gegen ihren früheren Fraktionskollegen Schiele benutzen möchten. Das gilt vor allem von dem deutschnationalen Agrarier Stubbendorff. Er versucht systematisch, die Verantwortung für alle Notstände der Landwirtschaft in den letzten Jahren dem Kommissar für die Roggenstützung Dr. Baade in die Schuhe zu schieben.

an der Roggenstützungsaktion war die unter starkem Einfluss des Reiches stehende Deutsche Getreidehandelsgesellschaft massgebend beteiligt. Einer ihrer Direktoren war am Mittwoch als Zeuge geladen. Um ihn, einen Herrn Sinasohn, von vornherein zu kompromittieren, versuchte Stubbendorff, allerdings ohne Erfolg, vor dem Ausschuss zunächst eine Feststellung über den Lebensgang des Zeugen durchzusetzen. Warum dieser Eifer? Nun, weil Herr

Stubbendorf selbst keine saubere Weste hat. Stubbendorff, damals noch im trauten Verein mit Herrn Schiele, war es, der sowohl 1928 wie 1929 im Reichstag Anträge mit dem Ziel einbrachte, die Mittel der Deutschen Getreidehandels-gesellschaft für eine allgemeine Roggenstützungsaktion von 30 Millionen über 60 Millionen Mark hinaus zu erhöhen. Inzwischen sind den deutschnationalen Landwirten die Preise für Getreide nicht hoch genug gestiegen. Darum bemühen sie sich heute, so zu tun, als ob sie niemals eine planwirtschaftliche Orga-nisation des Getreidemarktes verlangt hätten. Als der sozialdemokratische Abg. Hilferding Herrn Stubbendorff in der Mittwoch-Sitzung des Untersuchungs-Ausschusses auf den Widerspruch in seiner Meinung vom Jahre 1929 und von heute aufmerksam machte, zog es Herr Stubbendorff vor, zu schweigen. Er zeigte fer-ner auch nicht die geringste Lust, auf eine sozialdemokratische Anfrage zu ant-worten, warum er plötzlich so scharf gegen eine Getreidemonopolisierung ist, obwohl die Deutschnationalen stets mit zu den Befürwortern des Getreide-monopols gehört haben.

Die Nationalsozialisten beweisen wie in allen Ausschüssen des Reichstages, auch im Roggenausschuss, dass sie von wirtschaftlichen Vorgängen keine Ahnung haben. Aber sie machen auch nicht den geringsten Versuch, sich an das zu hal-ten, was sie ihr Programm nennen. In ihrem sogenannten Programm wettern die Nationalsozialisten gegen den Zwischenhandel und setzen sich für eine straffe Organisierung der Wirtschaft unter Ausschaltung des Handels ein. Im Roggen-ausschuss haben sie am Mittwoch eifrig gegen jedes Getreidemonopol und für die Unterstützung des freien Getreidehandels gekämpft. Diese Unterstützung dürfte dem Getreidehandel um so unerwarteter gekommen sein, als in dem Berliner Nazi-Blatt vom 3. Februar noch zu lesen war, dass sich der Getreidehandel an der Rog-genstützung zu Lasten der deutschen Steuerzahler bereichert habe.

Die wesentlichste Aufgabe des Roggenuntersuchungsausschusses ist es jetzt, die Diskussion so zu rühren, dass sich der Ausschuss wirklich mit dem beschäf-tigt, wozu er eingesetzt worden ist, nämlich mit der Untersuchung der Roggen-stützung. Die Sozialdemokratie hat am Mittwoch im Ausschuss einen Vorstoss in dieser Richtung unternommen. Abg. Hilferding (Soz) verlangte für die Sitzung eine Einschränkung des nächsten Arbeitsgebietes auf drei Fragen, durch deren Beantwortung zunächst die erste Frage nach der Zielsetzung der Getreidepolitik der Regierung geklärt werden kann. Diese Fragen sind :

1. Konnte die bisherige Zollpolitik trotz des drei Jahre hindurch währen-den enormen Roggenüberschusses auch nur einigermaßen ausreichende Preisver-hältnisse auf dem Inlandsmarkt gewährleisten ?

2. Hätte nicht die Beibehaltung des Einfuhrscheinsystems das deutsche Volksvermögen schwer geschädigt, weil Roggen und Hafer auf dem Auslandsmarkt verschleudert worden wären und Dänemark und Holland mit Hilfe des billigen deutschen Futtergetreides unsere eigene Veredelungswirtschaft niederkonkur-riert hätten?

3. Konnte die Umstellung von ausländischer Gerste auf deutschen Eosinrog-gen dem freien Handel überlassen bleiben oder musste hier durch die Einschal-tung der öffentlichen Hand Hilfe geleistet werden?

Nachdem durch diese Fragestellung die Grundlage für die Arbeiten des Unter-suchungsausschusses gegeben war, nahmen die anwesenden Sachverständigen Stel-lung. Der Vertreter des Getreidehandels, Arthur Lehmann, und der Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats, Schindler, entwickelten vollkommen gegensätz-liche Auffassungen. Während der Sachverständige des Getreidehandels Hand in Hand mit Herrn Stubbendorff Propaganda für die Beibehaltung der Einfuhrscheine machte - die den Ein- und Ausfuhrhandel wesentlich förderten - wandte sich der Vertreter des deutschen Landwirtschaftsrats gegen eine Abstellung der deutschen Getreidezollpolitik auf das Einfuhrscheinsystem.

SPD. Warschau, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Warschauer Kreisgericht begann am Mittwoch der zweite grosse politische Prozess gegen leitende sozialistische Parteifunktionäre. Angeklagt sind neun Personen, darunter zwei frühere Abgeordnete. Die Anklage behauptet, dass die betreffenden Funktionäre Vorbereitungen zu einem bewaffneten Umsturz getroffen hatten, der anlässlich der blutigen Strassendemonstrationen am 14. September in Warschau geplant gewesen sein soll. Im Verlauf dieser Demonstrationen wurden 2 Personen von der Polizei erschossen.

Einer der Hauptbelastungszeugen ist der aus dem vor wenigen Tagen begonnenen, inzwischen aber unterbrochenen Attentatsprozess bekannte Polizeispitzel und Provokateur Purzycki. Die Handgranate, die während jener Strassendemonstrationen explodierte, stammt, wie zahlreiche Entlastungszeugen bestätigen, von einem von der Polizei angestellten Provokateur. - Zu dem Prozess sind über 100 Zeugen geladen. Die Verhandlungen dürften mindestens eine Woche dauern.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung "Der Angriff" ist vom 4. Februar an bis einschliesslich 16. Februar aufgrund des Republik-Schutzgesetzes verboten worden, weil der am 3. Februar erschienene Artikel "Volkszorn über den Roten" eine ausdrückliche Billigung einer in Metzbach bei Neuwied verübten politischen Gewalttat enthielt.

Am Mittwoch ist das Nazi-Blatt noch erschienen. Wiederum voller Lügen und gehässiger Angriffe gegen die Republik und ihre Repräsentanten. So behauptet das Hetzblatt u.a., dass der nationalsozialistische Gutsbesitzer Corswant niemals polnische Landarbeiter beschäftigt hat. Selten ist dreister gelogen worden. Tatsächlich hat Corswant, was durch ämtliche Ermittlungen bestätigt ist, 20 polnische Landarbeiter beschäftigt, trotzdem die Nationalsozialisten in Pommern und anderen Landesteilen fortgesetzt gegen die Zulassung fremdstämmiger Arbeiter hetzten und noch hetzen.

Wenn Corswant zur Zeit, d.h. im Winter, keine polnischen Landarbeiter beschäftigt, dann nur, weil er für sie, wie alle Agrarier, augenblicklich keine Arbeit hat. Die polnischen Landarbeiter sind Saisonarbeiter, für die in Deutschland nur im Sommer Arbeit vorhanden ist und die deshalb im Winter in ihre polnische Heimat zurückkehren. Dass Corswant 1930 polnische Landarbeiter beschäftigt hat, kann zwar die nationalsozialistische Presse in ihrer Verlogenheit bestreiten, nicht aber Corswant selbst.

SPD. Paris, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Laval hat am Mittwoch während der Budgetdiskussion die erste Niederlage erlitten, die jedoch, da es der Budgetminister Pietri vorsichtigerweise unterlassen hatte, die Vertrauensfrage zu stellen, ohne Konsequenzen geblieben ist. Bei der Beratung der Ausgaben für die öffentliche Gesundheit stellte der Abgeordnete Masson den Antrag auf Erhöhung der Beihilfen für Alters- und Invalidenrentner, die Pietri mit der Begründung ablehnte, dass diese Erhöhung den Budgetüberschuss von ungefähr 40 Millionen aufzehren würde. Trotzdem wurde der Antrag mit 470 gegen 27 Stimmen der Kammer überwiesen.

SPD. Der Reichstag wird sich voraussichtlich schon am Sonnabend mit den Anträgen zu beschäftigen haben, die durch Änderung der Geschäftsordnung die Arbeitsfähigkeit der deutschen Volksvertretung sicherstellen wollen. Nichts anderes ist der Zweck dieser Anträge, und wenn Nationalsozialisten und Kommunisten jetzt in inniger Verbundenheit über Vergewaltigung schreien, so ist

das nur ein Ausdruck des Missvergnügens darüber, dass der Reichstag von ihnen nicht mehr zur "Kaschemme" herabgewürdigt werden soll. Die Sozialdemokratie würde niemals die Hand dazu bieten, die von ihr in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfen errungenen demokratischen Freiheiten preiszugeben. Bei der jetzt beabsichtigten Änderung der Geschäftsordnung geht es aber gerade darum, diese demokratischen Freiheiten vor weiterem hemmungslosen Missbrauch zu schützen und einen Damm gegen alle Bestrebungen zu errichten, die die Vertretung des deutschen Volkes zu einer Tummelstätte von Verlumdern und Gassenbuben machen wollen.

Zunächst soll dem Missbrauch ein Ende gemacht werden, der wiederholt mit falschen Vertrauensanträgen getrieben worden ist. Künftig wird die Vertrauensfrage in folgender Form zu stellen sein: "Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen". Dieser Vertrauensantrag kann auch auf einzelne Mitglieder des Reichskabinetts bezogen werden. Misstrauensanträge sollen nicht mehr in den Ausschüssen, sondern nur noch im Plenum des Reichstags eingebracht werden. Interpellationen dürfen in Inhalt und in Form nur so gestellt werden, dass sie keine Beleidigungen darstellen. Es muss in ihnen also in sachlicher Weise die Angelegenheit dargestellt sein, über die die Regierung Auskunft geben soll.

Die zweite Gruppe der Anträge ist mit finanziellen Auswirkungen verbunden. Bisher war es möglich, lediglich aus parteiagitatorischen Gründen Forderungen zu erheben, ohne dass die Antragsteller sich über die Beschaffung der dafür notwendigen Mittel Sorge zu machen brauchten. Nunmehr muss jeder Antrag, der eine Erhöhung der Ausgaben oder eine Senkung der Einnahmen beabsichtigt, mit dem dazu gehörigen Titel des Haushalts verbunden sein; zugleich aber ist anzugeben, in welcher Weise der finanzielle Ausgleich vorgenommen werden soll. Das Ganze wird zusammen beraten, aber auch nur dann, wenn die Reichsregierung die vorgeschlagene Deckung als richtig anerkennt. Ähnliche Vorschriften gelten auch in anderen Parlamenten, das englische Unterhaus geht darin noch sehr viel weiter, als es im deutschen Reichstag jetzt beabsichtigt wird.

Die Massnahmen, die gegen den Missbrauch der Immunität getroffen werden sollen, bilden die dritte Reihe der zur Beratung kommenden Anträge. Dem Reichstag liegen bereits rund 400 Anträge vor, die sich auf strafbare Handlungen einzelner Abgeordneten beziehen. Sie wurden entweder von Fraktionen gestellt, die die Einstellung von Strafverfahren verlangen; oder sie gehen von Behörden aus und ersuchen den Reichstag um die Genehmigung zur Einleitung und Durchführung von Strafverfahren. Die Immunität ist dazu da, die ungestörte Arbeit des Parlaments zu schützen; sie soll aber auch den einzelnen Abgeordneten davor bewahren, dass er wegen seiner parlamentarischen Tätigkeit zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden kann. Beide Voraussetzungen treffen hier schon deshalb nicht zu, weil alle strafbaren Handlungen, für die jetzt Immunität bewilligt werden soll, vor dem Zusammentritt des Reichstags, also in der parlamentslosen Zeit, begangen worden sind. Es ist richtig, dass die Aufhebung der Immunität im wesentlichen Haakenkreuzler und Kommunisten treffen würde. Denn unter den rund 400 Anträgen auf Straffreiheit befinden sich nur ganze neun Fälle, von denen Abgeordnete aus allen anderen Parteien betroffen sind. Aber gerade diese Tatsache stellt noch einmal und mit der grössten Deutlichkeit fest: Nationalsozialisten und Kommunisten benützen den Deckmantel der parlamentarischen Immunität, um mit einer Schamlosigkeit sondergleichen die parlamentarischen Grundlagen zu zerstören.

Schliesslich soll noch das Pressegesetz dahin geändert werden, dass kein durch parlamentarische Immunität geschützter Abgeordneter periodisch erscheinende Druckschriften als verantwortlicher Redakteur zeichnen darf. Es hat sich der Zustand herausgebildet, dass in der nationalsozialistischen wie in der kommunistischen Presse die schwersten Verleumdungen abgedruckt wurden, ohne dass die Angegriffenen sich zur Wehr setzen konnten, weil als verantwortliche Redakteure Abgeordnete zeichneten, die nicht vor Gericht gestellt werden konnten. Es ist häufig vorgekommen, dass ein und derselbe Abgeordnete eine ganze

Anzahl von Zeitungen als angeblich verantwortlicher Redakteur zeichnete, trotzdem er diese Blätter niemals zu Gesicht bekam. Auch mit diesem Unfug soll jetzt aufgeräumt werden.

Wenn der Reichstag diese Massnahmen durchführt, so wird es eher als bisher möglich sein, sachliche Arbeit zum Wohle des Volkes zu leisten. Sollten Nationalsozialisten und Kommunisten, und in ihrem Gefolge die Deutschnationalen den gleichen Wunsch haben, so müssen sie endlich darauf verzichten, um persönlicher oder parteiagitatorischer Vorteile willen den Reichstag zum Tummelplatz ihrer Demagogie zu machen.

SPD. Paris, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Die zahlreichen Stimmen aus Amerika und England, die den einzig möglichen Weg zur Lösung der Weltwirtschaftskrise in einer Herabsetzung und Neuordnung der Kriegs- und Reparationsschulden sehen, sind nun um einen französischen Vorschlag bereichert worden, der von dem bekannten französischen Publizisten Graf d'Ormesson ausgeht und in der "Europe Nouvelle" veröffentlicht ist.

Der Vorschlag basiert darauf, dass Deutschland für die beiden nächsten Jahre 50 Prozent seiner Youngzahlungen erlassen werden sollen. Deutschland, das inmitten schwerster Krisen energische Anstrengungen gemacht habe, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen, würde so nach der Berechnung d'Ormessons alljährlich 840 Millionen Goldmark weniger zu zahlen haben. Es könnte diese Mittel zur Arbeitslosenunterstützung, zum Abbau der Steuern und zur Ankerbelung der Wirtschaft verwenden. Gleichzeitig würde durch den vorübergehenden Schuldennachlass sein Kredit so gestärkt werden, dass es ihm leichter sein würde, langfristige Kredite im Ausland zu erhalten. Frankreich, das die Initiative zu dieser finanziellen Solidaritätsaktion ergreifen müsse, könne sich gleichzeitig an die Vereinigten Staaten wenden, um von diesen einen Nachlass der interalliierten Schuldenzahlungen um ebenfalls 50 Prozent für zwei Jahre zu erreichen. Würden die Vereinigten Staaten sich dazu bereit finden, dann würde der Zahlungsausfall für Frankreich rund 1 Milliarde betragen, während England und die übrigen Alliierten in keiner Weise betroffen würden.

Um den Vorschlag für die öffentliche Meinung in Frankreich und Amerika schmackhaft zu machen, fügt Graf d'Ormesson eine wichtige Ergänzung hinzu: Deutschland und Frankreich müssten ein Abrüstungsabkommen miteinander abschliessen, kraft dessen sie ihre Budgetausgaben für Rüstungszwecke während der beiden Jahre des Zahlungsnachlasses um je 1/12 verminderten. Für Deutschland würde diese Herabsetzung 48 Millionen Mark, für Frankreich rund eine Milliarde Franken ausmachen. Frankreich würde auf diese Weise den Ausfall aus seinen Reparationsansprüchen wieder einsparen und hätte es nicht nötig, die Steuerschraube anzuziehen. Ausserdem würde dieses Abrüstungsabkommen, zu dem auch die übrigen europäischen Nationen eingeladen werden könnten, der bevorstehenden Abrüstungskonferenz von vornherein ihren Erfolg sichern.

Graf d'Ormesson verspricht sich von der Annahme seines Vorschlages eine wesentliche Besserung nicht nur in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch eine allgemeine Entspannung in der internationalen Atmosphäre. Er betont im übrigen, dass sein Projekt nicht das Werk einer Improvisation sei, sondern dass er sich mit allerlei Persönlichkeiten aus allen Lagern und Parteien in Frankreich reiflich besprochen habe.

SPD. Sidney (Australien) 4.2. (Eig. Dr.)

Immer noch ist es unmöglich, eine genaue Ziffer der Toten der Erdbebenkatastrophe von Neu-Seeland festzustellen. Stündlich werden neue Leichen aus den Trümmern herausgezogen. Die offiziellen Nachrichten waren am Mittwoch sogar noch weitens pessimistischer als am Tage zuvor.

In der völlig zerstörten Stadt Napier muss mit 400 bis 500 Toten und 1500 Verletzten gerechnet werden. Die Totenliste von Hastings steigt ebenfalls. Hier wird mit 150 Leichen gerechnet. Schätzungsweise sind im ganzen Lande 1000 Menschen ums Leben gekommen. Auch das nach dem Beben durch Explosionen einsetzende Feuer hat viele Opfer gefordert. Infolge des Wassermangels ist Napier als Seuchengebiet erklärt worden. Die sich inzwischen sammelnden 16 000 Bewohner dürfen die Stadt nicht mehr betreten und werden abtransportiert. Neben der entsetzlichen Tragik und der Art, wie die Opfer der Katastrophe erschlagen wurden und teilweise lebendigen Leibes verbrannten, stehen die Helden- und Hilfstaten der Retter. Besonders die Insassen des Gefängnisses von Napier verrichteten Wunder an Aufopferung und Beistand. Unter den Trümmern eines eingestürzten Schulhauses liegen die Leichen von 22 erschlagenen Kindern. 12 Kinder wurden in einer Kirche während des Gottesdienstes getötet. Napier, Hastings (10 000 Einwohner) und noch vier andere Städte sind fast völlig niedergebrannt. Von Napier bis Waipukurau (40 Meilen entfernt) ist kein Schornstein stehen geblieben. Der Sachschaden ist unermesslich. Etwa 60 000 Menschen sind obdachlos.

SPD. Siegen, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

In Weidenau bei Siegen sind am Mittwoch von 132 Schülern der katholischen Leo-Schule 60 auf Anordnung ihrer Eltern in den Schulstreik getreten. Der Streik wurde proklamiert, nachdem die Elternschaft vergeblich die Abberufung des Hauptlehrers gefordert hatte. An sich war die Versetzung des Lehrers vorgesehen; sie hat sich jedoch durch irgendwelche Umstände verzögert.

SPD. Paris, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Das französische Parlament wählte am Mittwoch den sozialistischen Abgeordneten Paul Boncour für das laufende Jahr wiederum zum Präsidenten der auswärtigen Kommission.

Als Generalberichterstatter für das Budget wurde im zweiten Wahlgang der radikale Abgeordnete Lamonreux mit 22 gegen 21 Stimmen der Regierungsparteien gewählt.

SPD. In der Nähe von München wurde am Mittwoch der Berliner Nationalsozialist Kollatz verhaftet. Kollatz, der in der Sylvesternacht an der Ermordung eines Reichsbannermannes in der Hufelandstrasse in Berlin beteiligt gewesen ist, war seit der verbrecherischen Tat flüchtig. Das Berliner Polizeipräsidium hat zur näheren Feststellung der Personalien des Verhafteten noch am Mittwoch einen Kriminalbeamten nach München entsandt. Kollatz dürfte bereits in den nächsten Tagen in das Berliner Polizeigefängnis eingeliefert werden.

SPD. London, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Hafen von Plymouth stürzte am Mittwoch-Nachmittag ein militärisches Wasserflugzeug ab. Beim Aufschlag explodierte die Maschine. Von der 12 Mann starken Besatzung des Flugzeuges wurden ein Offizier und sieben Soldaten sofort getötet und vier schwer verwundet. Ein schwerverwundeter Offizier erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Das abgestürzte Flugzeug zählte zum Iris-Typ.

SPD. Kiel, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer Naziversammlung in dem holsteinischen Ripsdorf erwiderte der Referent auf einen sozialdemokratischen Zwischenruf, der auf Hitlers und Goebbels Haltung zum Youngplan aufmerksam machte: "Was gehen mich Hitler und Goebbels an. Ich bin nicht der Meinung, dass der Youngplan nur schuld sei, im Gegenteil, die ca. 2 Milliarden Tributlasten jährlich machen gegenüber der Gesamtwirtschaft Deutschlands überhaupt nichts aus."

Die Karriere dieses Nazi-Mannes dürfte beendet sein.

SPD. Prag, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch nachmittag wurden auf dem Stadtplatz in Dux im Verlauf einer kommunistischen Erwerbslosendemonstration 3 Arbeiter getötet und 8 schwer verletzt.

Die Arbeitslosendemonstration der Kommunisten war von der Polizei verboten worden. Als die Kommunisten trotzdem eine Demonstration organisierten und versuchten, von Ladowitz aus nach Dux zu gelangen, besetzte die Gendarmerie alle Zugänge zur Stadt. Die Menge nahm schliesslich unter Führung des kommunistischen Senators Stransky gegen die Gendarmerie eine bedrohliche Haltung ein. Stransky selbst versuchte, dem Gendarmeriekommandanten die Waffe zu entreissen. Der Kommandant gab daraufhin Befehl zum Schiessen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Auf Grund der Strafanträge des Landtagsabgeordneten Küttner und des Oberpräsidenten Noske hat die Staatsanwaltschaft I Berlin die Beschlagnahme des Buches "Gefesselte Justiz" von Gottfried Zarnow beim Amtsgericht Berlin-Mitte beantragt. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat die Beschlagnahme ausgesprochen, da das Buch Beleidigungen der Genannten enthält und nach § 94 Strafprozessordnung in Verbindung mit den §§ 40/41 Strafgesetzbuch der Einziehung unterliegt."

Inzwischen sind die bei dem Münchener Verleger des Buches und seinem Verfasser noch vorhandenen Bestände des Hetzwerkes beschlagnahmt worden.

SPD. Liegnitz, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Landjäger Scholz aus Thräna, Regierungsbezirk Liegnitz, der mit einem Fahrrad von Niesky nach See unterwegs war, wurde von einem bisher unbekanntem Täter durch einen Revolverschuss tödlich verletzt. Der Regierungspräsident in Liegnitz hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

SPD. London, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Mittwoch-Sitzung des Unterhauses teilte Aussenminister Henderson in Erwiderung auf eine Anfrage mit, dass Russland an der grossen Entwaffnungskonferenz des Völkerbundes teilnehmen werde.

SPD. Brüssel, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Eine Bande von 40 Ladendieben im Alter von acht bis zehn Jahren wurde in Antwerpen entdeckt.

Am Mittwoch wurde ein Junge von neun Jahren von einer Ladeninhaberin bei einem Diebstahlversuch angetroffen und der Polizei übergeben. Obwohl der

Junge einen Eid abgelegt hatte, seine Kameraden nicht zu verraten, gestand er, einer organisierten Diebesbande von 40 Jungen seines Alters anzugehören. Die Polizei ist im Besitze der vollen Namensliste der Bande, der Wohnungen der Mitglieder und der Statuten der Organisation. Danach sollte Verrat mit körperlicher Strafe geahndet werden. Die Polizei konnte bereits eine Anzahl der Jungen vernehmen. Sie scheinen alle recht stolz auf ihre Streiche zu sein. Der Anführer pflegte seine Kameraden täglich um sich zu versammeln und ihnen seine Befehle zu erteilen. Niemand hatte auch nur einen leisen Verdacht gegen sie, obgleich die Lehrer der Schule misstrauisch geworden waren, da die Burschen ab und zu über verhältnismässig grosse Geldsummen verfügten.

SPD. Heidelberg, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Grab Friedrich Eberts prangte anlässlich seines 60. Geburtstages im Schmuck gelber und roter Tulpen. Ausser der Reichsregierung liessen das badische Staatsministerium, die Stadt Heidelberg, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und zahlreiche andere Organisationen Kränze an dem Grab des ersten Reichspräsidenten niederlegen. Auch zahlreiche Privatpersonen weilten in stillem Gedenken an dem Grabe und legten Blumen nieder.

SPD. Auf der Tagesordnung des Steuerausschusses des Reichstags standen am Mittwoch Anträge zum Mineralwassersteuergesetz, zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer der Konsumvereine und Warenhäuser, zur Aufhebung der Lohnsteuer und schliesslich noch Anträge, die die Offenlegung der Steuerlisten wünschten.

Dazu gab Reichsfinanzminister Dietrich folgende Erklärung ab: "Die Annahme der zur Debatte stehenden Anträge wird zusammen mit anderen vom Reichstag geforderten Ermässigungen grosse Summen kosten, und zwar die Aufhebung der Mineralwassersteuer 30 Millionen, die Beschränkung der Gemeindegetränksteuer auf alkoholische Getränke 30 Millionen, die Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer 27 Millionen, wenn dazu noch die neulich geforderte Befreiung der pasteurierten Milch von der Umsatzsteuer mit 9 Millionen hinzukommt, so bedeutet das einen Ausfall von insgesamt 95 Millionen Mark, von denen 24,5 Millionen auf das Reich und 70,5 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Dabei sehe ich noch ganz ab von dem kommunistischen Lohnsteuerantrag, der 1300 Millionen kosten würde. Bei der gegenwärtigen ernstesten Finanzlage nicht nur im Reich, sondern auch in den Gemeinden, die steigende Wohlfahrtslasten zu tragen haben, muss ich dringend davor warnen, noch in diesem Etatsjahr Steuersenkungen vorzunehmen."

Von den hinter der Regierung stehenden Parteien wurde daraufhin beantragt die Beratung des Antrags über die Offenlegung der Steuerlisten bis zur Vorlegung der Denkschrift, die nach der Erklärung des Reichsfinanzministers in Ausarbeitung ist und vor ihrem Abschluss steht, auszusetzen und die Abstimmung über die übrigen Anträge mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden zu vertagen.

Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Hertz, dass sie dem Antrage der Regierungsparteien auf Vertagung der Entscheidung über Steuerermässigung im jetzigen Augenblick zustimme, weil es zunächst gelte, unter allen Umständen die Balancierung des Haushalts herzustellen. Sobald die Finanzlage sich etwas günstiger gestalte, werde die Sozialdemokratie alles tun, um in erster Linie die Ausnahmssteuer gegen die Konsumvereine zu beseitigen. Der jetzt gestellte Antrag der Nationalsozialisten, die Ausnahmssteuer gegen Konsumvereine und Warenhäuser zu verdoppeln, zeige, wie arbeiterfeindlich die Nationalsozialisten seien. Die einzige Wirkung dieses Antrages sei weitere Verteuerung der Le-

bensmittel der Mitglieder der Konsumvereine. Die Sozialdemokratie wünsche die baldige Vorlegung der vom Reichstag im vorigen Jahr beschlossenen Denkschrift über die Erfahrungen mit der Offenlegung der Steuerlisten im Auslande. Da der Minister mitgeteilt habe, dass diese Denkschrift vor ihrer Vollendung stehe, sei nichts dagegen einzuwenden, dass die Beratungen des Ausschusses über einen so entscheidenden Schritt zur Herstellung von Steuerehrlichkeit erst stattfinden, wenn die nötigen Unterlagen geliefert sind, besonders da das bald geschehen werde.

Der Vertagungsantrag wurde angenommen.

SPD. Sofia, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch abend kam es hier im Verlauf einer Veranstaltung der sozialistischen Jugend gegen wiederholte Störungsversuche faschistischer Organisationen bei der Vorführung pazifistischer Filme und Theaterstücke zu schweren Krawallen.

Als die Veranstaltung begonnen hatte, machten zahlreiche nationalistische Studenten fortgesetzt Störungsversuche. Anhänger des sozialistischen Jugendbundes setzten die Ruhestörer bald an die Luft. Mit Stöcken, Eisenstangen, Dolchen und Revolvern bewaffnet kehrten die Studenten nach kurzer Zeit in verstärkter Zahl zurück. Wiederholt versuchten sie das Versammlungslokal der sozialistischen Jugend vergeblich zu stürmen. Immer wieder wurden sie nach erbittertem Handgemenge zurückgeschlagen. Im Verlauf dieser Zusammenstöße wurde 5 Jungsozialisten und 10 nationalistische Studenten schwer verletzt.

Die Polizei, die eingriff, als die Krawalle bereits beendet waren, hat nicht einen einzigen der Angreifer verhaftet. Der Vorfall dürfte noch ein parlamentarisches Nachspiel haben.

SPD. Warschau, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Auswärtigen Ausschuss des Senats erstattete der polnische Aussenminister Zaleski am Mittwoch Bericht über den Verlauf der Januartagung des Völkerbundsrates. Zaleski brachte es fertig, die Entscheidung des Völkerbundsrates in dem deutsch-polnischen Minderheitenstreit als Erfolg der polnischen Delegation hinzustellen. Im einzelnen führte er aus :

In dem vom Völkerbund einstimmig angenommenen Beschluss steht kein einziger Satz über eine internationale Untersuchungskommission, ist von keinen Personalveränderungen die Rede und auch von keinen Spezialgarantien für die Zukunft. Wohl aber hat man Kenntnis genommen von den Verordnungen, die die polnische Regierung herausgegeben hat. Ferner hat man festgestellt, was für unsehr wichtig ist, dass in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung keine Organisation mit nationalistisch aggressiver Tendenz tätig sein darf. So deckt sich also der Völkerbundsbeschluss in seinen Hauptpunkten mit dem, was die polnische Regierung aus eigener Initiative getah hat und was sie tun will für die definitive Verständigung einer loyalen Minderheit mit der Mehrheit im Staate.

Die Art, wie Zaleski hier den Völkerbundsbeschluss auslegt, kann nicht anders als Verhöhnung des Völkerbundsrats bezeichnet werden.

SPD. Köln, 4. Februar (Eig. Drahtb.)

In Köln wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in einer entlegenen Strasse ein Nationalsozialist mit drei schweren Stichwunden aufgefunden. Der Nationalsozialist hatte an einer Versammlung seiner Organisation teilgenommen, nach deren Beendigung er sich mit den SA-Leuten auf den Weg zu einem Nazi-Verinslokal begab.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 4. Februar (Eig. Ber.)

Die Reichstagssitzung vom Mittwoch brachte eine mehrstündige bewegte Aus-
sprache über Schlichtungswesen und Lohnabbau. Anlass gab ein kommunistischer
Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlich-
tungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 9. Januar 1931 mit sofortiger
Wirkung aufzuheben. Ferner wurde je eine sozialdemokratische und eine kommu-
nistische Interpellation zum Lohnabbau verhandelt. Die sozialdemokratische
Interpellation weist insbesondere darauf hin, dass die Reichsregierung zwar
die Löhne und Gehälter habe senken können, jedoch auch nicht annähernd den
gleichen Erfolg auf dem Gebiete der Preise erzielt habe.

Der Kommunist Schröder gab Schilderungen der Notlage in der deutschen
Arbeiterklasse. Von den noch in den Betrieben befindlichen Arbeitern hätten
45 Prozent einen Wochenlohn unter 30 Mark. Das Lohneinkommen werde im laufenden
Jahre um mindestens 8 Milliarden herabgedrückt werden. Selbstverständlich
trägt daran nicht etwa die Weltwirtschaftskrise die Schuld, sondern allein
die Sozialdemokratie, die sich schützend vor Stegerwald stellt. Im scharfen
Wettbewerb mit den Nationalsozialisten erklärt der Kommunist in nationalisti-
scher Uebersteigerung, dass jeder Gewerkschaftskampf zugleich ein politischer
Kampf gegen den Young-Plan sein müsse.

Als der Sozialdemokrat Limbertz das Wort erhielt, begrüßten ihn die
Kommunisten mit dem einstudierten Rufe: "Streikbrecher! Streikbrecher!" Der al-
te Gewerkschaftsführer übergang diese Beschimpfungen mit dem Schweigen der
Verachtung. Er konnte auf die Aktivität der Partei und der Gewerkschaften im
Land verweisen. Die Massen zeigten Verständnis für die zwangsläufige Politik,
die das Chaos vermeiden wolle. Der kommunistische politische Massenstreik im
Ruhrgebiet habe von 300 000 Arbeitern nur 30 000 erfasst und auch diese nur
durch Terror. Die gewerkschaftlich geschulten Teile der Arbeiterklasse wüssten,
was auch Schröder hier ausgesprochen habe, dass die Kommunisten nicht für Ver-
besserung der Löhne kämpften, sondern lediglich parteipolitische Zwecke verfolg-
ten. Hier rief der Nationalsozialist Goebbels zum Schutze der Kommunisten: "Sind
Sie von den Arbeitgebern?" Limbertz führte diesen Goebbels, der natürlich nie
Mitglied einer Gewerkschaft war, mit dem Hinweis auf die Schnorrerreisen Hit-
lers bei den Kapitalisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ab. Die
Sozialdemokratie werde ihren Kampf gegen Nationalsozialisten und Kommunisten
fortführen, um die Arbeiterklasse über die Krise hinüberzubringen. Mit der
Ausschussberatung der vorliegenden Anträge sei die Sozialdemokratie einverstan-
den.

Reichsarbeitsminister Stegerwald begann seine Rede mit dem Hinweis, dass
Deutschland einstweilen ein Glied der privatkapitalistischen Weltordnung sei.
Aussichten, dass binnen kurzem diese Ordnung durch eine nationalsozialistische,
kommunistische oder sozialistische abgelöst werde, beständen nicht. Also müsse
man den Tatsachen ins Auge sehen. 28 bis 30 Milliarden öffentlicher Abgaben
lasteten auf der deutschen Wirtschaft. Darin stecke natürlich auch die Sozial-
versicherung. Die Landwirtschaft sei an diesen Abgaben nur mit 5 bis 7 v.H.
beteiligt. 93 bis 95 v.H. würden von Industrie, Handel, Gewerbe, Bankwesen
und Verkehr aufgebracht. Den Unternehmern sei es gleichgültig, wo Erleichte-
rungen herkämen. Er müsse dem Unternehmertum allerdings sagen, es sei irrig,
wenn es glaube, dass Erleichterungen nur durch eine Lohnsenkung erfolgen kön-
nen. Andererseits könne man in einer Wirtschaftskrise unmöglich die Löhne
unbeweglich halten. Aber auch ein freies Spiel der Kräfte sei bei einer sol-
chen Krise im Hinblick auf die Lohnhöhe nicht möglich. Der Staat müsse regu-
lierend einschreiten. Darum dürfe die Schlichtungsordnung nicht aufgehoben
werden. Mit einer Ausschussberatung sei er einverstanden.

Wie arbeiterfeindlich die kommunistische Haltung gegen das Schlichtungs-

wesen ist, bewies die begeisterte Zustimmung des deutschnationalen Abgeordneten, Stahlhelmers und Landbündlers Agena. Er sagte, seine Fraktion werde für den kommunistischen Antrag stimmen. Die grössten Scharfmacher des Unternehmertums wollen eben keine staatliche Regelung der Löhne, weil sie in dieser grossen Krise hoffen dürfen, im freien Spiel der Kräfte die Arbeiterlöhne wesentlich mehr zu senken. Agenas Standpunkt beweist klar die ungewollt arbeitersfeindliche Politik der Kommunisten.

Eine schwere Schmutzkonkurrenz erlebten die Kommunisten dann an ihrem früheren Parteigenossen, dem jetzigen nationalsozialistischen Abg. Stürtz. Er übertrug die Kommunisten bei weitem an Demagogie und an Hetze gegen die Gewerkschaften. Die Kommunisten standen starr, als Stürtz, genau so wie der Kommunist Schröder, die Gewerkschaften für die jetzigen Zustände verantwortlich machte und sie als die politischen Hilfstruppen des Young-Kabinetts Brüning bezeichnete. Es war lustig, zu beobachten, wie während der Rede eines Sozialdemokraten Nationalsozialisten und Kommunisten sich gegenseitig durch Zurufe unterstützen und dann im Wettlauf in "richtiger" d.h. rein agitatorischer Arbeiterpolitik sich überboten. Dem Herrn Stürtz passierte allerdings das Missgeschick, dass der volksparteiliche Renommierarbeiter Winnefeld dem Reichstag erzählte, dass dieser Nationalsozialist vor einigen Jahren ein wilder Kommunist gewesen und im Auto mit roten Fahnen durch das Industriegebiet gerast sei. Stürtz gestand unter jubelndem Beifall der Nationalsozialisten seine Wandlung zu. Die Kommunisten waren recht kleinlaut, als sie so vor dem Reichstag festgestellt sahen, wie fliessend die Grenzen zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus sind.

Die Anträge auf Verbilligung von Frischfleisch für die minderbemittelte Bevölkerung wurden an den handelspolitischen Ausschuss verwiesen. Kommunisten und Nationalsozialisten behaupten nun wie aus einem Mund, das sei eine von der Sozialdemokratie gewollte Verschleppung. Wahr ist dagegen, dass die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Einfuhr von Gefrierfleisch schon am 5. Dezember eingebracht hat. Es sollen zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1930 an jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zugelassen werden. Dieser Gesetzentwurf soll gemeinsam mit der Verbilligung von Frischfleisch im handelspolitischen Ausschuss schleunigst beraten werden, damit etwas Umfassendes für die Fleischversorgung der armen Bevölkerung herauskommt. Die Nationalsozialisten beantragten schliesslich noch, dass auf die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung ihre Anträge auf Aufhebung der Zeitungsverbote ("Völkischer Beobachter" und "Angriff") und des Uniformverbotes in Baden gesetzt werden. Die Mehrheit des Reichstags lehnte dieses Ansinnen ab. Am Donnerstag wird der Reichskanzler seine Rede halten.

SPD.Köln, 4. Febr. (Eig. Drahtb.)

Das Kölner Schöffengericht verurteilte zwei Kommunisten zu je 8 Monaten und einen dritten zu 2 Monaten Gefängnis. Die Verurteilten waren nach einer Schlägerei mit Nationalsozialisten in dem Besitz von Hieb- und Stichwaffen gefunden worden. Seinerzeit wurden 3 Nazis verletzt.

Aus aller Welt

Stolpe zum Tode verurteilt!

8 Jahre, 2 Monate Gefängnis für Lieschen Neumann - 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus für Benziger.

SPD. Im Berliner Prozess um die Ermordung des Uhrmachers Ulbrich verkündete Landgerichtsdirektor Dr. Schmitz am Mittwoch nachmittag $\frac{1}{2}$ 4 Uhr folgendes Urteil: "Die Angeklagten sind schuldig, gemeinschaftlich einen Menschen vorsätzlich getötet zu haben und zwar Stolpe und Lieschen Neumann mit Ueberlegung, Benziger ohne Ueberlegung. Der Angeklagte Stolpe wird wegen Mordes zum Tode verurteilt, Lieschen Neumann wegen Mordes und Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von acht Jahren zwei Monaten Gefängnis, der Angeklagte Benziger wegen Totschlags und Unterschlagung zu sechs Jahren drei Monaten Zuchthaus. Die Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens."

Fast während der gesamten Urteilsbegründung, deren Bekanntgabe durch den Vorsitzenden etwa anderthalb Stunden dauerte, hielten die Verurteilten ihren Kopf hinter der Anklagebank versteckt. Erst bei der Belehrung durch den Vorsitzenden, dass Revision gegebenenfalls innerhalb einer Woche beim Reichsgericht beantragt werden müsste, richteten sich die Angeklagten hoch. Benziger und Lieschen Neumann weinten, Stolpe marmelte nervös vor sich hin. Als die Verurteilten abgeführt wurden, klopfte Stolpe seinem Freunde Benziger auf den Rücken und tröstete ihn: "Weene man nich, mein Junge..."

+

Eine viehische Tat, an der es nichts zu beschönigen gibt, ist mit einer harten Strafe gesühnt worden. Möglicherweise ist diese Strafe auch im juristischen Sinne gerecht. Da aber letzte Zweifel am Ablauf der Tat trotz der Beweisaufnahme noch bestehen dürften, hätten wohlwollende Richter natürlich auch bei Lieschen Neumann - sie muss, im Gegensatz zu Benziger ins Gefängnis, weil sie noch dem Jugendgericht untersteht - und auch bei Stolpe statt Mordes Totschlag annehmen können. Die Frage ist aber natürlich, wie weit bei Menschen die einer solchen Tat fähig sind, noch Wohlwollen am Platze ist.

Am Schluss seines Plädoyers hatte einer der Verteidiger die Formulierung gefunden: "Urteilen Sie milde, dann urteilen Sie gerecht!" Und das muss in der Tat gesagt werden: so furchtbar grauenvoll und widerlich das Gesamtverbrechen als solches erscheint, so wäre es doch nur menschlich gewesen, wenn die grauenvolle Verstrickung, die hier am Werke war, nicht nur bei Benziger, sondern auch bei Stolpe und Lieschen Neumann zu jenem Verstehen geführt hätte, das schliesslich zum Wohlwollen und so auch zu einem milderem Urteil führt. Wir wissen aus den Ergebnissen der Beweisaufnahme und aus dem Inhalt der Sachverständigengutachten, dass Lieschen Neumann, trotz der so rätselhaften Tat, ein psychopathisches, aber im Grunde kein böses, sondern nur vollkommen infantiles und haltloses Mädchen war. Man hat auch von Stolpe neben manchem Bedenklichen recht viel Gutes gehört. Man weiss schliesslich von der erheblichen Belastung der Angeklagten, von ihrer harten Jugend, der fehlenden Erziehung, dem unglücklichen sozialen Milieu. Alles das sind Dinge, die den Armen leichter schuldig werden lassen als den, der im Wohlstand lebt. Gewiss, sie entschuldigen nicht die Tat und sie erklären sie auch längst nicht restlos, aber sie sollten doch zur grössten Menschlichkeit mahnen. - Das Gericht, gewiss verpflichtet, den Staat vor asozialen Elementen zu schützen, hielt sich mit seinem Urteil mehr an die Theorie und an die Buchstaben, als ans Leben und ans Gefühl. Ob es der Wahrheit, der Wahrheit als sittlicher Idee und Forderung, sehr nahe kam? Ego:

6 Jahre Gefängnis für Tausend?

Der Antrag des Staatsanwalts und seine Begründung.

SPD. München, 4. Febr. (Eig. Drahtber.)

Am Mittwoch unternahm der Verteidiger im Prozess Tausend noch einen letzten Versuch, die äusserst belastenden Behauptungen des italienischen Zeugen Professor Sestini zu entkräften. Er behauptete, ein Telegramm eines italienischen Offiziers, der seine Zeugenschaft dafür anbot, dass die Aussagen Sestinis nicht exakt waren, erhalten zu haben. Sestini war der einzige Zeuge, der mit eigenen Augen den plumpen Taschenspielertrick Tausends während eines Experiments genau beobachtete. Das Gericht war aber der Meinung, dass über den Fall Tausend mehr als genug verhandelt worden ist und lehnte das neue Beweisangebot ab. Damit war die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Das sich anschliessende Plädoyer des Staatsanwalts hütete sich ängstlich, auch die politische Seite des Tausend-Swindels zu berühren. Seine Anklage baute der Staatsanwalt auf die Sätze auf: Alles was Tausend versprochen und vorgeführt hat war Lug und Trug. Alle Sachverständigen seien sich darüber einig, dass das bei den Schmelzversuchen erzeugte Gold jedesmal bewusst zugesetzt worden sei. Zu Tausends Vorführungen im Münchener Hauptmünzamt hätten eine grosse Anzahl von Zauberkünstlern ihre Dienste zur Ueberwachung und Entlarvung Tausends angeboten mit der ausdrücklichen Begründung, dass Taschenspieler nur von Fachleuten einwandfrei beobachtet werden könnten: "Der Angeklagte Tausend hat seit 1924 nur von Betrug gelebt. Er ist dabei vielfacher Hausbesitzer und mehrfacher Schlossbesitzer geworden. Es sind ihm rund 660000 Mark zugeflossen und der Schaden, der den Gesellschaften im ganzen erwachsen ist, beträgt 1 370 000 Mark. Der Angeklagte ist ein skrupelloser Betrüger. Er hat nicht nur in Deutschland sein Unwesen betrieben, sondern auch ausländische Behörden zu schädigen versucht. Es zeigt sich hier das Bild eines internationalen Hochstaplers von ziemlichem Format".

Der Staatsanwalt beantragte demgemäss gegen Tausend wegen fünf Vergehen des Betruges und eines Betrugsversuchs eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren unter Anrechnung von $1\frac{1}{2}$ Jahren der Untersuchungshaft, wegen der bewiesenen ehrlosen Gesinnung im Falle der Familie Meinhold, die um ihr ganzes Vermögen gebracht worden war, fünf Jahre Ehrenrechtsverlust.

Der Verteidiger des Angeklagten plädierte auf Freisprechung wegen des Goldmachens; eine Verurteilung wegen der Betrugsfälle müsse er dem Gericht überlassen. Das Urteil wird am Donnerstag gefällt.

+ + +
Alle Tage Sport! In der französischen Kammer wird der Unterstaatssekretär für Körperkultur, Mr. Morinaud, ein Gesetz einbringen, das ausnahmslos in allen öffentlichen Schulen täglich eine halbe Stunde Sport vorschreiben wird.

+ + +
Um die Calmette-Schuld. In der Pariser Akademie für Medizin gelangte ein Brief des Professor Calmette zur Verlesung, in dem dieser über die Erhebungen des Professors Hamel vom deutschen obersten Gesundheitsamt in Sachen der Lübecker Kinderkatastrophe Bericht erstattet. Danach sei einwandfrei festgestellt worden, dass nicht das Serum, sondern eine tragische Unvorsichtigkeit des Lübecker Laboratoriums die Schuld an den zahlreichen Todesfällen trage.

+ + +
Flauberts Nichte +. Die Nichte und Testamentsvollstreckerin des französischen Dichters Gustav Flaubert ist in Antibes (Riviera) im Alter von 83 Jahren gestorben. Frau Caroline Franklin-Grout hatte, wie die Schwester Nietzsche, ihr Leben der Organisation des Nachlasses Flauberts, ihres Onkels, gewidmet und alle Neuauflagen seiner Werke überwacht. Das gesamte in ihrem Besitz befindliche Material wird in ein Flaubert-Museum übernommen werden.

+ + +

Zirkus-Unglück in Berlin. Im Zirkus Busch in Berlin ereignete sich am Mittwoch während einer Tonfilmaufnahme ein Kabelbrand. Das Emporschiessen einer Stichflamme sowie Rauch und Qualmentwicklung riefen unter den zahlreichen anwesenden Statisten eine an sich ungerechtfertigte Panik hervor, in deren Verlauf sieben Personen zum Teil schwer verletzt wurden oder Gehirnerschütterungen bezw. Nervenschocks erlitten.

Dynamit-Auto explodiert. Im amerikanischen Mormonenstaat stiess in der Nähe von Salt Lake City ein Personenzug mit einem Lastauto zusammen. Es ereignete sich eine furchtbare Explosion. Lokomotive und Lastauto wurden zerstört, Lokomotivführer, Chauffeur und Begleitfahrer getötet. Zahlreiche Bewohner in der Nähe gelegener Häuser sind durch Glassplitter verletzt worden. Die Passagiere des Zuges kamen mit dem Schrecken davon.

Der Tod am Radioapparat. In Michalkowitz O/S verunglückte ein 14 jähriger Gymnasiast tödlich. Beim Basteln an seinem an die elektrische Leitung angeschlossenen Radioapparat steckte der Schüler die Leitung des Gegenpols, in der Absicht, einen besseren Empfang zu erhalten, in den Mund. Er erhielt einen elektrischen Schlag, der sofort tödlich wirkte.

In der Gletscherspalte erfroren. Bei einer Skitour, die der Münchener Student Allendorfer mit zwei Züricher Touristen auf das in der Schweiz gelegene Breithorn unternommen hatte, stürzte Allendorfer beim Abstieg in eine Gletscherspalte. Als eine Hilfsexpedition eintraf, war der Student bereits erfroren.

Piscator freigelassen! Der kommunistische Theaterleiter Erwin Piscator, der vor wenigen Tagen in Berlin verhaftet worden war, ist am Mittwoch auf freien Fuss gesetzt worden. Die Entlassung erfolgte "unbedingt", d.h. Piscator erteilte zwar alle verlangten Aufklärungen über den Komplex der Steuerschuldfrage, leistete jedoch vorerst weder einen Offenbarungseid noch das Versprechen, irgend einer Teilzahlung und gab auch keine eidesstaatliche Versicherung ab.

"Frenzel" in Köln. Vor der grossen Strafkammer in Köln wurde die Berufung eines 42 jährigen Dachdeckermeisters verworfen, der im vorigen Jahr vom Schöffengericht wegen Blutschande an seiner 17 jährigen Tochter zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Angeklagte, der früher mehrere städtische Ehrenämter bekleidet hat - u.a. war er Waisenfleger - bestritt jede Schuld. In der Verhandlung betonte die Tochter jedoch, dass der Vater immer ein ungemein strenges Regiment geführt habe. Er habe oft nachts alle Familienmitglieder aus den Betten gejagt und sie im Hemd vor dem Kaiserbild Parademarsch üben lassen. Eine zweite, jüngere Tochter, belastete den Vater ebenfalls. Dagegen entlastete die jüngste Tochter den Angeklagten und sagte, alles sei erlogen. Das Gericht schenkte jedoch der ältesten Tochter Glauben, weil, wie es in der Urteilsbegründung heisst, eher anzunehmen sei, dass ein Vater mit seine Kindern Blutschande treibe, als dass ein Kind den Vater unschuldig ins Zuchthaus zu bringen versuche.

Hinrichtung durch Giftgas. Das Parlament des amerikanischen Staates Colorado trägt sich mit der Erwägung, die bisherige Art der Vollstreckung von Todesurteilen durch den Strang oder den elektrischen Stuhl durch eine humane re Hinrichtungsart zu ersetzen. Der zum Tode Verurteilte soll in eine luftdichte Kammer geführt und dort durch ein giftiges Gas getötet werden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Politik des bösen Willens.

SPD: Der Aufmarsch der Unternehmerfront, von dem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bisher vor allem mit Hilfe des Hitlerklamauks abgelenkt werden sollte und zum Teil auch abgelenkt wurde, ist jetzt deutlich sichtbar geworden. Die Antwort des Unternehmertums auf den Apell des Reichskanzlers Brüning, Arbeitgeber und Arbeitnehmer möchten solidarisch sich zur Bekämpfung der Not zusammenschließen, hat manchem die Augen geöffnet. So erklären jetzt die Organe der christlichen Gewerkschaften mit Nachdruck, dass die ganze Haltung des Unternehmertums während der letzten Zeit einen ehrlichen Willen zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit nicht erkennen liess.

"Der Angriffswille der meisten Arbeitgeber", schreibt z.B. der "Deutsche", "ist derart stark und weitgehend im Ziel, dass von "Anpassung" keine Rede mehr sein kann. Sie wollen offensichtlich gleich ganze Fronten aufrollen, sie wollen nicht nur den elastischen Rückzug, sondern die vernichtende Niederlage der Arbeitnehmerfront. Fort mit dem Tarifvertrag, fort mit dem Schlichtungswesen, fort mit der Herrschaft der Gewerkschaften! Das ist der unverhüllte Kampfruf vieler!"

Schon ein flüchtiger Blick in die Unternehmerpresse zeigt jedem der Leser, der lesen und auch zwischen den Zeilen lesen kann, dass der neue Angriffsstoss der Scharfmacher dem Tarifvertrag gilt. Der Stoss wird abgeblendet mit dem heuchlerischen Gerede über die "sture, doktrinäre Haltung der Gewerkschaften", die eine förmliche "Lohnstarre" in Deutschland hervorgerufen habe. Diese Lohnstarre soll nun nach dem Vorschlag Krupps und der übrigen Gewaltigen in der Eisenindustrie Nordwest durch einen Lohnabbau um 20 Prozent gebrochen werden, und da im deutschen Unternehmertum heute noch immer der beschränkte Untertanenverband dominiert, ist alles förmlich hypnotisiert von Herrn Krupps Vorschlag. Die Herrschaften, die sich nicht genug über die "Gewerkschaftsbonzen" ereifern können, nehmen jeden Blödsinn, wenn er nur von irgend einem, noch von der alten Zeit her mit einer Art Glorienschein umgebenen Halbgott stammt, als Wahrheit und Weisheit hin. Alle starren wie behext nur auf den Lohn, alle erhoffen vom Lohnabbau das grosse Wunder, hoffen und hoffen schon seit Monaten, und da 6 Prozent Abbau das Wunder nicht gebracht haben, erhofft es der beschränkte Untertanenverband in der Wirtschaft jetzt von 20 Prozent. Wir wundern uns nicht, wenn nächstens 50 Prozent Lohnabbau als Allheilmittel angepriesen werden. In einzelnen Gewerben kommen ja die Lohnabbauforderungen der Unternehmer bereits an einen solchen, an Strassenraub grenzenden Abbausatz heran. Und während die Kleinen und die kleinen Gernegrosse im Unternehmerlager brav und treu auf den Leim der Lohnabbauphrase kriechen, bereiten die Grossen einen neuen Stoss gegen die Arbeiter vor. Dieses liebliche Spiel soll so lange fortgesetzt werden, bis die Gewerkschaften bei den Arbeitern unten durch sind und Hitler die Erbschaft antreten kann.

Friede ist nur möglich, wo guter Wille vorhanden ist. Wir haben Unfrieden in Deutschland, weil das Unternehmertum mit bösem Willen jede loyale, gemeinsame Anstrengung zur Niederringung der Arbeitslosigkeit unmöglich macht. In und mit Deutschland wird zurzeit von Leuten, die die Not ihres Nächsten zu ihrem Gewinn missbrauchen wollen, ein frevelhaftes Spiel getrieben.

SPD. Im Ruhrbergbau häufen sich wieder die Stillegungsanträge. So entlässt die Zeche Baldur bei Dorstfeld 500 Mann, die Zeche Holland 210 und die Zeche Friedlicher Nachbar in Hattingen 300 Arbeiter. Die Zechen Pörting Siepen, Karl Funke und Gottfried Wilhelm im Süden von Essen bereiten, wie verlautet, starke Entlassungen vor.

Die Grubenherren wollen sich durch Entlassungen für die ihnen entgangenen 6% Lohnabbau - sie hatten 12% gefordert - schadlos halten.

SPD. Für die Ostsächsische Textilindustrie finden am Freitag Lohnverhandlungen in Dresden statt. Für die thüringisch-sächsische Textilindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der ab 12. Februar eine Lohnkürzung um rund 6% vorsieht. Ein Schiedsspruch für die nordbayerische Textilindustrie will die Zeitlöhne um 2 und die Akkordsätze um 4% kürzen. Die Unternehmer fordern Verbindlichkeitserklärung des Spruches. Für die Bielefelder und Herforder Textilindustrie sind die Lohnsätze von den Arbeitgebern zum 28. Februar gekündigt worden. Auch für die Textilindustrie in Sorau wurde von den Arbeitgebern das Lohnabkommen gekündigt und zwar zum 31. März.

SPD. Für Ostpreussen sind grössere Notstandsarbeiten sichergestellt worden. Es handelt sich um ein Strassenbauprojekt des Provinzialverbandes Ostpreussen. An den Kosten beteiligen sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit einem Zuschuss von 630 000 Reichsmark, das Land Preussen und die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten mit langfristigen gering verzinslichen Darlehen von je einer Million Mark. Bei den Arbeiten, die alsbald in Angriff genommen werden, sollen 210 000 Arbeitslosen Tagewerke geleistet werden, sodass etwa 2 500 ostpreussische Arbeitslose Beschäftigung finden werden.

SPD. In einer ausserordentlich stark besuchten Belegschaftsversammlung der Arbeiter der Hütte Ruhrort-Meiderich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin der von dem Werk geplante Lohnabbau abgelehnt und die Haltung des Betriebsrats und der Gewerkschaften einmütig gebilligt wird.

SPD. Im Ammoniakwerk Merseburg (Leuna) wurde in den durchlaufenden Wechselschichtbetrieben die Wochenarbeitszeit von 48 auf 42 Stunden verkürzt. Auf diese Weise sollen Entlassungen vermieden werden.

SPD. Im Haag fand eine Besprechung der drei grössten niederländischen Gewerkschaftszentralen mit dem Arbeitsminister statt, in der die Notwendigkeit erhöhter Reichszuschüsse für die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung eingehend erörtert wurde.

Die niederländischen Fabrikarbeiterverbände haben bei dem Arbeitsminister dringend um eine Audienz nachgesucht, weil Tausende von Arbeiterfamilien ohne jegliche Unterstützung dastehen.

Not und Elend

im Lande des Faschismus.

SPD. In den letzten Monaten hat sich die Lage der italienischen Wirtschaft rasch verschlechtert. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten und die Einfuhr von Rohstoffen ist sehr stark zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit wächst schnell, und der Stand der Finanzen verschlechterte sich zusehends. Schon die ersten 4 Monate des laufenden Finanzjahres, das am 1. Juli begonnen hat, brachten ein Defizit von 729 Millionen Lire. Zuerst versuchte es Mussolini mit einer Erhöhung der Tabaksteuer um 13 bis 33 %. Aber statt der erwarteten Mehreinnahme von 880 Millionen Lire ergab sich in den ersten 5 Monaten ein Ausfall von 41 Millionen Lire. Die Preiserhöhung wurde von den Verbrauchern mit einer scharfen Verbrauchseinschränkung beantwortet. Nicht besser ging es bei der Erhöhung der Warenumsatzsteuer. Selbstverständlich wurde auch das letzte Mittel kurzsichtiger Wirtschaftspolitik angewandt - Zollerhöhungen zum Schutz der nationalen Wirtschaft. Die Zölle auf Wirkwaren aller Art wurden verdoppelt, die Einfuhr von Autobestandteilen wurde mit importdrosselnden Zöllen belegt; dazu kamen gegen Frankreich und Belgien gerichtete Zölle auf Hanf- und Leinenwaren. Zur Milderung der Wirtschafts- und Finanzkrise hat das alles aber nicht beigetragen.

Darauf hat es Mussolini mit einer Preissenkungs- und einer Lohndruckkampagne versucht, ähnlich wie es in Deutschland nach dem Wunsch der Industrie geschah, nur geschmückt mit den besonderen Parolen der faschistischen Demagogie. Die Preissenkung wurde mit der Parole eingeleitet, dass das Preisniveau nunmehr, um den Export zu fördern, auf "Quote 4" herabgedrückt werden müsse, d.h. auf die vierfache Höhe der Vorkriegspreise, was etwa der Entwertung der heutigen Lira gegenüber der Vorkriegslira entspricht. Aber obwohl in Italien alle Schwierigkeiten daher kommen, dass die ausgebeuteten Verbrauchermassen zum Kaufen zu arm sind, erfolgte gleichzeitig die allgemeine Herabsetzung der Beamtengehälter um durchschnittlich 12%, die ohnehin sehr niedrigen Löhne der Landarbeiter wurden sogar um 12 bis 25 % gesenkt, und da selbst die faschistischen Gewerkschaften es nicht wagen, die Verantwortung für diese Aktion zu tragen, wurden von Mussolini ausserordentliche Kommissare eingesetzt. Freilich hat Mussolini als Ersatz für die Lohnkürzung eine Senkung der Kosten der Lebenshaltung versprochen. So verordnet ein Dekret die Herabsetzung der Mieten um 10 %, und auch die Kleinhandelspreise für die notwendigen Lebensmittel sollten gedrückt werden; so wurde es wenigstens versprochen. Aber während die Lohn- und Gehaltskürzungen ohne weiteres durchgeführt wurden, stösst die Preissenkung auf kaum zu überwindende Schwierigkeiten. Da es keine Gewerkschaften gibt, die unabhängig von der Regierungsgewalt die Interessen der Arbeiterschaft verteidigen können, wird in Italien noch mehr als in allen anderen kapitalistischen Ländern der Lohndruck rücksichtslos durchgeführt und bei all dem das Wirtschaftsleben noch weiter geschädigt. Die Kaufkraft im Inland wird weiter verringert und die Senkung der Produktionskosten bleibt wirkungslos, weil der inländische Absatz schneller sinkt als man auf dem Weltmarkt Ersatz schaffen kann.

Die ernstesten Schwierigkeiten, vor denen die faschistische Regierung steht, erwachsen freilich aus der Lage der Staatsfinanzen. Neben den regel-

mässigen Schuldenzahlungen, deren wichtigste die 5 Millionen Dollar sind, die Italien jährlich an die Vereinigten Staaten zu zahlen hat, werden in diesem Jahre sehr grosse Summen bei der inneren Staatsschuld fällig. Die schwebende Schuld hat 1927 erst 262 Millionen Lire betragen, sie ist inzwischen um Milliarden gewachsen. Allein im Laufe des Jahres 1931 werden grosse Beträge der sogenannten neunjährigen Schatzscheinanleihe im Gesamtbetrag von 7,64 Milliarden Lire fällig, davon mehr als die Hälfte am 15. November. Sicher sind die italienischen Finanzinstitute, bei denen ein grosser Teil dieser Schatzscheine liegt, zu einer Verlängerung bereit. Eine Erleichterung der Schuld wäre aber nur durch eine Herabsetzung der Verzinsung möglich, (Konvertierung). Dagegen aber wehren sich die Besitzer, nachdem der Staat wiederholt versichert hat, keine Zwangskonvertierung vornehmen zu wollen. Sie würde überdies dem öffentlichen Kredit Italiens gefährlich sein. Erwägt man ausserdem die miserable Finanzlage der Städte und Provinzen, so versteht man das grosse Werben Mussolinis um eine amerikanische Anleihe und die Absicht jener Rundfunkrede, die Mussolini kürzlich an das amerikanische Volk gehalten hat. Die grosse Finanznot Italiens macht es auch verständlich, dass man sogar bei Frankreich, das offen oder versteckt von Mussolini immer wieder als der grosse Gegner Italiens bezeichnet wird, Geld zu borgen versucht hat.

So stehen die Finanzen Italiens, obwohl das Reich des Duce als sozial rückständigste Grossmacht Europas über zu grosse "soziale Lasten" nicht klagen kann, schlechter als in den meisten europäischen Staaten. Der Hauptgrund dafür ist der übergrosse Aufwand für Rüstungen und die Erhaltung des ungeheuren Staatsapparates. Zu Mussolinis politischen Sorgen nach innen und aussen kommt also noch ein sehr schwerer Finanz- und Wirtschaftsdruck. Wenngleich dessen Tragweite für die Existenzfähigkeit des faschistischen Regimes nicht überschätzt werden darf, so ist er doch nicht nur ein Ausdruck weltwirtschaftlicher Verlagerungen, sondern ein wirklicher Misserfolg faschistischer Regierungskunst, und das mag auch in Deutschland zur Warnung dienen.

SPD. Es steht nunmehr fest, dass sich französische Banken an der Beschaffung eines Reichskassenkredites beteiligen werden. Das Reich hat nominell 300 Millionen Mark Vorzugsaktien der Reichsbahn an deutsche Versicherungsgesellschaften und an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauft. Die letztere war aber nicht in der Lage, den Gegenwert sofort an das Reich auszuzahlen, sodass eine Zwischenfinanzierung im Betrage von 130 Millionen Mark erforderlich wurde. Die von dem amerikanischen Bankhaus Lee, Higginson & Co geführten Verhandlungen mussten vor 14 Tagen wegen des Sturzes des französischen Kabinetts Steeg unterbrochen werden, weil sich die Banken erst vergewissern wollten, ob die neue Regierung Laval zu der Beteiligung der französischen Banken am deutschen Reichskassenkredit ebenso positiv stehen würde wie ihre Vorgängerin. Diese Klärung ist inzwischen erfolgt und es ist nunmehr sicher, dass die französischen Banken unter der Führung der Banque de Paris et des Pays-Bas sich an der Geldbeschaffung beteiligen werden. Das Ausmass der französischen Beteiligung steht noch nicht fest, doch dürfte auf Frankreich der kleinere Teil des gesamten Kredits von 32 Millionen Dollar oder rund 130 Millionen Mark entfallen.

Wenn die französischen Banken sich an diesem Kredit beteiligen, so tun sie es natürlich in erster Linie aus geschäftlichen Gründen. An einem Kredit für das Deutsche Reich wird mehr verdient als an einem Kredit für den französischen Staat. Dass es sich dabei aber auch um ein Ereignis von einiger politischer Tragweite handelt, ergibt sich aus der Einholung der Zustimmung der französischen Regierung. Die Beurteilung des Geschäfts vom deutschen Standpunkt hängt zunächst von der Höhe der zu zahlenden Zinsen ab. Darüber hinaus aber ist die Beteiligung Frankreichs an einem Kredit für das deutsche Reich ein

Zeichen für die Bereitschaft zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, das auch für die Politik zwischen den beiden Staaten nur günstig beurteilt werden kann.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass französisches Kapital bei der Geldbeschaffung für einen deutschen Reichskredit beteiligt ist. Französische Banken haben schon im Juli 1929 - freilich mit erheblich geringeren Beträgen - sich an dem 50 Millionen Dollar-Kredit für das Reich beteiligt, der damals unter der Führung von Dillon Read & Co. zustande gekommen ist.

SPD. Die amerikanische Film- und Radioindustrie hatte 1930 trotz des Einbruchs der schweren Krise noch ein gutes Jahr. Als erster der grossen Filmkonzerne gibt die Paramount-Famous-Lasky Corporation ihre Gewinne bekannt. Die Gesellschaft besitzt viele Hunderte von Kino-Theatern in USA; ihre grosse internationale Bedeutung beruht aber in der Filmproduktion und im Filmverleih. Ihr Gesamtvermögen beträgt gegenwärtig etwa 250 Millionen Dollar oder 1 Milliarde Mark. Der Reingewinn betrug 1928 erst 8,7 Millionen Dollar, erhöhte sich durch Tonfilmproduktion und -verleih auf 15,5 Millionen im Jahre 1929, und das Jahr 1930 brachte eine weitere Steigerung des Reingewinns auf 18,4 Millionen Dollar oder rund 77 Millionen Mark. Ein anderer Konzern der Vergnügungsindustrie, die ebenfalls weltbeherrschende Radio Corporation of America, in der funkindustrielle, Rundfunk- und Filminteressen zusammengefasst sind, hatte es nicht ganz so gut. Er zeigt wegen der verschärften Konkurrenz auf dem Gebiet der Funkgeräteindustrie einen ziemlich erheblichen Rückgang der Reingewinne, doch reichen die neuen und alten Ueberschüsse zur Zahlung der früheren Dividende aus. Es ist übrigens bemerkenswert, dass die amerikanische Filmausfuhr im Jahre 1930 grösser und auch ertragreicher gewesen ist als im Jahre 1929.

SPD. Auf der Berliner Effektenbörse gab es am Mittwoch eine Ueberraschung. Während der letzten 10 bis 14 Tage ist das Kursniveau nicht weiter gesunken. Aber trotz aller Stimmungsmache wollten die Kurse auch nicht steigen. Am Mittwoch setzte ein scharfer Anlauf zu einer Hausse ein. Auf der ganzen Linie schnellten die Kurse in die Höhe. Siemens gewann 10, AEG 3, Schuckert 4, RWE 5, I.G. Farben 6, Ilse Braunkohlen 8, Mannesmann $3\frac{1}{4}$, Salzdettfurth sogar $11\frac{1}{2}$ Punkte. Die tieferen Gründe dieses Hausseanfalls sind nicht ohne weiteres zu erkennen. Eine erhebliche Rolle spielte aber die günstigere Beurteilung der innerpolitischen Gesamtlage, nachdem sich bei der Geschäftsordnungsreform des Reichstags eine so breite Parteienfront zusammengefunden hat. Es lagen aber auch vom Ausland Kaufaufträge vor, und wir vermuten, dass die Banken die Börsenentwicklung durch eigene Aufträge ebenfalls stimuliert haben. Schön längst geht die Meinung vernünftiger Kapitalisten dahin, dass es ein gutes Geschäft sein müsse, jetzt einzusteigen und durchzuhalten, d.h. zu kaufen und jene Kurssteigerungen abzuwarten, die die Besserung der Wirtschaftslage bringen muss. Der Arbeiterschaft nützt diese Meinung freilich nichts, aber sie ist doch ein Symptom für einen gewissen in Kapitalistenkreisen erwachenden Optimismus.

Kleine Preisrückgänge.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch ruhige Stimmung. Die Umsatztätigkeit hielt sich in engsten Grenzen. Die Kauflust der Mühlen war sehr gering, obwohl das Angebot in promptem Roggen und Weizen durchaus nicht reichlich war, konnten dennoch die letzten Preise nicht voll erzielt werden, da es nicht möglich war, das Material glatt unterzubringen. Infolgedessen ergaben sich kleine Abschläge bei den Preisen, sowohl im Handel mit prompter Ware als auch am Lieferungsmarkt. Auch das Mehlgeschäft hielt sich in allerengsten Grenzen. Der Konsum zeigte wenig Aufnahmefähigkeit. Die Forderungen der Mühlen lauteten dabei zumeist unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz bei allerdings gleichfalls kleinen Umsätzen.

	3. Februar	4. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	267 - 269	266 - 268
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industrieroggen	190 - 204	190 - 204
Hafer	138 - 145	138 - 145
Weizenmehl	30,25-37,50	30,25-37,50
Roggenmehl	23,70-26,50	23,65-26,50
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,25
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 280 $\frac{1}{2}$ -280 (Vortag 281), Mai 287 $\frac{1}{2}$ -287 (Brief (288 $\frac{1}{2}$)), Juli 290 $\frac{1}{2}$ und Brief (290 $\frac{1}{2}$). Roggen März 175 $\frac{1}{2}$ -174 $\frac{1}{2}$ (175 $\frac{1}{2}$), Mai 182 $\frac{1}{2}$ -181 $\frac{1}{2}$ (182 $\frac{1}{2}$), Juli 183 - 182 $\frac{1}{2}$ Brief (183). Hafer März 151 - 152 (151), Mai 158 $\frac{1}{2}$ -159 (158), Juli 164 bis 164 $\frac{1}{2}$ Geld (164).

SPD. Welche riesenhaften Lebensmittelmassen eine Weltstadt wie Berlin für ihre Krankenhäuser und ähnlichen Anstalten jährlich einkauft und verbraucht, und ein wie riesenhaftes Geschäft den Lieferanten daraus erwächst, zeigt eine von der Stadt Berlin zum 8. Februar öffentlich ausgeschriebene Submission. Für die Zeit vom 1. April bis zum 31. März 1932 werden da Angebote verlangt für je 75 Tonnen weisse Bohnen und Linsen, für je 150 Tonnen Erbsen und Reis, 45 Tonnen Haferflocken, 110 Tonnen Gries, 500 Tonnen Zucker, 317 Tonnen Marmeladen, Fruchtsäfte, Mischobst und Pflaumen, 120 Tonnen Teigwaren, 40 Tonnen Röstkaffee, 6 Tonnen Tee, 40 Tonnen Kakao, 250 Tonnen Salz, 75 Tonnen Essig, 2500 Kisten kondens. Milch, 150 Tonnen lebende und eisgepackte Fische und schliesslich 6 Millionen Stück Eier. Das sind Beträge, die hoch in die Millionen gehen.

Unter Berücksichtigung der Grössenverhältnisse ist es in jeder Stadt und jeder Gemeinde in Deutschland genau so wie in Berlin. Die Städte vergeben natürlich nicht nur Aufträge zur Beschaffung von Lebensmitteln. Hat aber jemals jemand gehört, dass die Händler und Kapitalisten, die von diesen Geschäften profitieren, die grosse Bedeutung der öffentlichen Aufträge für das Wirtschaftsleben und auch den Profit der Kapitalisten anerkannt hätten? Davon ist nicht die Rede. Umso selbstverständlicher aber wird über die Unerträglichkeit kommunaler Steuerlasten geklagt, mit denen ein grosser Teil dieser Aufträge bezahlt werden muss. Die Massenhaftigkeit solcher Aufträge macht es übrigens begreiflich, weshalb das deutsche private Handelskapital mit solcher Gewalt gegen die Mitgliedschaft von Gemeinden in den Konsumvereinen anrennt, die begreiflicherweise die Städte billiger versorgen können.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 4. Februar 1931.

Der Tod im Spital.^x

Von F. M. Dostojewski.

SPD. ...Während ich dieses schreibe, erinnere ich mich ganz genau eines sterbenden Schwindsüchtigen, eines Mannes namens Michailow, der mir gegenüber gelegen hat. Michailow kannte ich nur wenig. Er war noch sehr jung, höchstens 25 Jahre alt, hoch gewachsen und von auffallend edlem Äusseren. Er lebte in der besonderen Abteilung und war sehr schweigsam, immer in sich gekehrt und verschlossen. Als ob er im Gefängnis "eingetrocknet" wäre.

So sprachen wenigstens die Sträflinge, die Michailow in gutem Eingedenkten bewahrten, von ihm. Ich erinnere mich nur, dass er wundervolle Augen hatte. Er starb gegen drei Uhr nachmittags an einem frostigen, klaren Tage. Ich weiss noch, dass die Sonne mit ihren breiten, schrägen Strahlen die grünen, leicht befrorenen Fensterscheiben unsres Krankensaales durchdrang. Ein ganzer Strom von Licht ergoss sich über den Unglücklichen. Er lag bewusstlos da, atmete schwer, und erst nach mehreren Stunden wurde er vom Tode erlöst. Schon am Morgen war es ihm fast unmöglich, die Anderen zu erkennen. Sie versuchten, seine Schmerzen zu lindern, denn man sah, wie sehr er sich quälte. Er atmete tief und schwer; seine Brust hob und senkte sich röchelnd. Er warf die Bettdecke von sich; dann riss er sich die Kleider herunter und schliesslich auch das Hemd. Es war schrecklich, diesen langen, schwächtigen Körper mit den bis an die Knochen abgezehrten Beinen und Händen zu sehen, den eingefallenen Leib, an dem die Rippen, wie bei einem Skelett, deutlich hervortraten.

Auf der Brust trug er ein Holzkreuz mit einem Amulett. An den Füssen hatte er Fesseln, doch seine Glieder waren so spindeldürr geworden, dass er die Füsse hindurchziehen konnte.

Eine halbe Stunde vor seinem Tode wurden alle still, und man sprach nur flüsternd. Die Leute bewegten sich geräuschlos. Man kam auf unbedeutende Dinge zu sprechen und schaute ab und zu auf den Sterbenden, der immer heftiger röchelte. Endlich tastete er mit unsicherer Hand nach dem Amulett auf seiner Brust, und versuchte es gleichfalls fortzuzerren, als ob es ihm bedrückte. Man nahm ihm auch das Kreuz herunter. Zehn Minuten später verschied er.

Man pochte an die Tür und verständigte die Wache. Alsbald trat der Krankenwärter ein. Er blickte stumpf auf den Toten und begab sich zum Feldscher. Dieser liess nicht lange auf sich warten. Er war jung, von gutmütigem, einnehmendem Äusseren. Mit schnellen Schritten, die im still gewordenen Saale laut widerhallten, näherte er sich dem Toten, griff mit besonders ungezwungener Miene nach seiner Hand, um den Puls zu befühlen, betastete diesen, winkte dann resigniert ab und ging hinaus. Hierauf wurde die diensthabende Wache verständigt; es war doch ein schwerer Verbrecher aus der besonderen Abteilung gewesen; daher musste auch sein Tod mit besonderer Zeremonie umgeben werden.

Da schlug einer der Sträflinge mit leiser Stimme vor, dem Toten die Augen zuzudrücken. Ein anderer hörte ihn aufmerksam an, ging auf den Toten zu und schloss ihm die Augen. Als er das auf dem Kissen liegende Holzkreuz bemerkte, nahm er es, betrachtete es prüfend und hängte es schweigend dem toten Michailow wieder um den Hals, wobei er sich selbst bekreuzigte.

Inzwischen begann das Gesicht des Entschlafenen zu erstarren. Ein Sonnenstrahl spielte darauf. Der Mund war halb geöffnet: zwei Reihen junger, weisser

Zähne schimmerten zwischen den dünnen, am Zahnfleisch klebenden Lippen hervor.

Endlich erschien in Begleitung von zwei Wärtern der diensthabende Unteroffizier - im Helm und mit Bajonett. Er kam dem Toten mit immer langsamer werdenden Schritten näher und warf dabei den umstehenden und ihn stumm und düster ansehenden Sträflingen verwunderte Blicke zu. Als er nur noch einen Schritt von der Hängematte des Toten entfernt war, blieb er, gleichsam von plötzlicher Angst erfaßt, wie angewurzelt stehen. Der Anblick des völlig entblösten, abgemagerten und gefesselten Leichnams schien ihn derart zu erschüttern, dass er den Riemen seines Helmes löste, den Helm abnahm, was durchaus nicht notwendig war, und sich andächtig bekreuzigte. Er hatte ein strenges Soldatengesicht und graumeliertes Haar. Ich weiss noch, dass Tschekunow, ein gleichfalls ergrauter Mann, in seiner Nähe stand. Die ganze Zeit blickte er unverwandt und schweigend in das Gesicht des Unteroffiziers und verfolgte mit sonderbarer Aufmerksamkeit jede seiner Bewegungen. Da begegneten sich plötzlich ihre Augen, und Tschekunows Unterlippe begann zu zittern. Er versuchte, dieses unwillkürlichen Zitterns Herr zu werden, wobei er vor Anstrengung seltsam die Zähne flitschte. Schliesslich sagte er hastig, mit einer Bewegung zu dem Toten hin: "Hat doch auch eine Mutter gehabt!" Dann ging er fort.

Man ging daran, den Leichnam fortzuschaffen. Der Tote wurde mitsamt der Matratze hinausgetragen. Das Stroh knisterte, und inmitten der allgemeinen Stille riefen plötzlich die Ketten mit lautem Geklirr zu Boden....

Doch kaum war die Leiche hinausgeschafft, so begannen alle laut zu sprechen. Von draussen hörte man noch, wie der Unteroffizier jemanden nach dem Schmied schickte. Dem Toten sollten die Fesseln abgenommen werden....

(Deutsch von S. Borissoff.)

Ein verkanntes Malergenie.^x

SPD. Eine bemerkenswerte Ausstellung wurde in diesen Tagen in Budapest eröffnet. Ausgestellt wurden im Ernst-Museum die Bilder des verstorbenen Theodor Csontvary-Kosztka, eines Malers, dessen Name nicht nur im Auslande, sondern selbst in seiner Heimat beinahe unbekannt ist. Und doch stellt dieser Name ein unendlich aufreizendes Talent, ein bizarres, phantastisches Leben dar, das den Weg eines Gauguin, eines van Gogh eingeschlagen hatte, ohne jemals auch nur den Namen dieser Künstler gehört zu haben, und das in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und um die Jahrhundertwende mit seinen Schöpfungen Rousseau und Chagall und den französischen Avantgardisten voranging, um im Jahre 1919 66-jährig in grösstem Elend und in voller Vergessenheit zu erlöschen. Ein seltsames Leben war es: ein pathologisches Phänomen, eine Bestätigung von Lombroso's Thesen. Csontvary-Kosztka war als Sohn eines Arztes geboren. Ein Bruder war General, der andere hoher Staatsbeamter. Die Verwandten waren alle vornehm und gutsituiert, in hohen Stellungen und deshalb, wie begreiflich; nicht sehr stolz auf den erschreckend gekleideten Maler mit dem verwiterten Bart und den von Erleuchtung glühenden Augen, über dessen Bilder man sich eine Zeit lang in vielen Kulturzentren Europas krank gelacht hat.

Dieses verlachte Genie, dessen Leben sich heute nur noch aus den Tausenden von Mosaiken, in seinen eigenen Tagebuchblättern, in Erinnerungen und Anekdoten des kleinen Freundeskreises wirr durcheinandergewürfelt, rekonstruieren lässt, verbrachte seine Jugend als Provisor in der Apotheke eines kleinen, schmutzigen Dorfes, wo er vor Langeweile tagaus, tagein ochenbespannte Heuwagen auf Rezeptpapier zeichnete. Bis er eines Tages, wie er es selbst oft erzählt hat, eine Vision hatte: Eine himmlische Stimme soll zu ihm die Worte gesprochen haben: "Du wirst der grösste Plein air-Maler der Welt, wirst grösser als Raphael". Der junge Provisor verstand kein Wort Französisch; erst später hörte

er vom "Plein air" (Freiluft) und begriff die Bedeutung seiner "himmlischen Erscheinung". Von dieser Zeit an wurde der junge Mann jedenfalls fanatisch religiös und glaubte restlos an seine Sendung. Er fuhr nach München und wurde Schüler von Hollosy. Nach Jahren kehrte er nach Ungarn zurück und kaufte sich eine kleine Apotheke, um sie gleich zu verpachten. Sein erster Traum war damit erfüllt: von den 100 Kronen, die er als Pacht für die Apotheke erhielt, wollte er nun seinen künstlerischen Ambitionen leben.

Nun fingen seine Wanderungen an. Er bereiste unzählige Länder, pendelte zwischen Paris und Jerusalem und lebte ein sonderbares, fast völlig aufwandloses Leben. Er ass nur Gemüse. Verwehrte sich um sein Äusseres am wenigsten kümmernd, schwebte er in der vierten Dimension, in einer göttlichen Sphäre. In diesem Abschnitt seines Lebens kannte er den Sinn und die Anwendungsmöglichkeit eines Hemdes überhaupt nicht mehr, bald sich ein Taschentuch um den Hals und trug eine Apachenmütze und eine ungeheure Pelerine wie eine Fledermaus um die Schultern.

Seine Gemälde waren von ungeheuren Dimensionen. Die Leinwand bezog er direkt aus einer Fabrik in Düsseldorf, die allein imstande war, die Leinwand für ihn in genügender Grösse zu liefern. Mit diesen Ungetümen veranstaltete er um die Jahrhundertwende seine erste Pariser Ausstellung. Doch das Publikum wie auch die Kritiker, die damals noch selbst für Cézanne und Gauguin kein Verständnis zeigten, betrachteten die primitiven, traumhaften Kompositionen Csontvarys mehr von der humoristischen Seite und schrieben Witze und Humoresken darüber. Selbst die Pariser Ausgabe des "New York Herald" veröffentlichte eine ironische Kritik, in der u.a. der Satz stand, dass "Raphael nun von Csontvary ausgestochen" worden wäre. Der naive und schwärmerische Csontvary fühlte aus dieser Kritik nie den Hohn heraus und erzählte von diesem Tage an jedem stolz, dass der "New York Herald" von ihm festgestellt habe, er wäre ein grösserer Maler als Raphael. Er sprach überhaupt immer nur von sich selbst, und lieber schwieg er, als dass er sich in ein neutrales Gespräch eingelassen hätte. Als er einmal in Budapest in einem kleinen Kreise einen Vortrag hielt über das Thema "Wer ist ein Genie?", da fing er seine Rede so an: "Ein Genie ist jemand, der keine Zigarren raucht, nicht trinkt, keine Kompromisse schliesst, nur seinen Idealen lebt..." - Das war er selber.

1908 erklärte er, Raphael übertroffen und damit sein Lebenswerk vollendet zu haben. Vollkommeneres könnte er nicht mehr schaffen. Daher würde er aufhören zu malen. Zum Abschied sozusagen veranstaltete er im Budapester Gewerbe-museum eine Ausstellung. Da es zu Rahmen nicht gereicht hatte, standen die Riesengemälde auf dem Fussboden, an die Wand gelehnt. Er kassierte selbst den Eintrittspreis und nahm jeden Besucher beim Arm, um ihm die Schönheiten seiner Bilder zu demonstrieren. Der Clou dieser Ausstellung war, dass er aus Papier in Form eines Opernglases Gucker fabriziert und den Besuchern in die Hand gedrückt hatte, denn nur durch diese könne man, so behauptete er, seine Bilder erfassen. Uebrigens artete diese Ausstellung fast in einen Skandal aus, wie auch die zweite im Jahre 1915 zu einem Misserfolg wurde. Machten ihm Kunst-händler und Private Kaufangebote, so antwortete er stereotyp: "Entweder kauft man meine sämtlichen Bilder, um das Csontvary-Museum einzurichten, oder ich verkaufe kein Stück." Von diesem Prinzip war er nicht abzubringen. Beim Kriegsausbruch formulierte er es in einem Aufruf: Der Staat möge auf dem schönsten Platze von Budapest das Csontvary-Museum errichten und die an die Front gehenden Marschkompagnien in dieses Museum kommandieren, damit die in den Krieg ziehenden Helden vor ihren schweren Kämpfen aus den Werken des ungarischen Genies Begeisterung schöpfen könnten.

Noch manche solcher Steckenpferdchen hatte Csontvary. Z.B. war er ein begeisterter Anhänger des Kaisers Franz Joseph. Einmal hörte er, dass der Herrscher krank sei. Da sandte er folgendes Telegramm in die Wiener Hofburg: "koenig in die sonne setzen sichere heilung csontvary". Wegen dieses Telegramms haben ihn einige Bekannte ausgiebig verulkt. Jemand liess ihn ans Telefon seines Stammcafés rufen und teilte ihm im Namen der Wiener Kabinetts-

kanzlei in deutscher Sprache mit, die Hofburg habe seinen Rat befolgt, der König wäre in die Sonne gesetzt worden, und dadurch habe sich der Zustand Seiner Majestät wirklich gebessert. Die Hofburg spräche ihm daher ihren herzlichsten Dank aus. - Erhobenen Hauptes, stolz einherschreitend, verliess Csontvary die Telephonzelle, um an seinen Tisch zurückzukehren. "Wer hat telephonierte?" fragte man ihn mit zurückgehaltenem Kichern. "Seine Majestät" - schmetterte Csontvary heraus - "ich habe ihn geheilt, und jetzt hat er sich dafür bedankt. Wir stehen nämlich sehr gut miteinander, ich und der König."

Hie und da hatte er seine vornehmen Verwandten besucht. So auch seinen Bruder, den General. "Siehst du, siehst du" - sagte er mitleidig zu dem General - "was aus dir geworden ist. Zu nichts hast du es gebracht. In der ganzen Familie bin ich der einzige, aus dem etwas geworden ist."

In der letzten Zeit seines Lebens wollte er, da er wieder einmahl eine "göttliche Inspiration" erhielt, trotz seines Entschlusses noch ein Gemälde, die "Landnahme der Magyaren", malen. Doch auf dem Gemälde, das nicht mehr beendet werden konnte, sieht man nirgends Magyaren, nur viele, viele Kraniche, die über eine öde Gegend hin ziehen, und an deren Spitze auf einem Reiher Csontvary selbst reitet.

Nach dem Umsturz erhielt er nicht mehr die 100 Kronen-Rente für die Pacht seiner Apotheke. Da hatte er keinen Pfennig mehr. Eine Zeitlang fristete er noch sein Leben durch kleine Unterstützungen. Weit reichte das nicht hin. Er ernährte sich nur noch von Pflaumen; dies war das billigste Obst... An einem Maitage fand man ihn in seinem kleinen Zimmer in Ofen tot auf. Er lag in seiner verwahrlosten Kleidung auf dem Boden und neben ihm eine Pyramide aus Pflaumenkernen.

Die Fastnachtszeit im Volksglauben.^X

Von W. R. Sujkowski.

SPD. In früheren Zeiten wurden (in Polen) gerade die dem Aschermittwoch vorangehenden drei letzten Tage der Karnevalszeit, dem Volkstemperament entsprechend, nicht minder ausgelassen gefeiert als in den traditionellen Gegenden des Karnevals. Das geht schon daraus hervor, dass man diese Zeit "kusaki" nannte, was so viel wie Teufelszeit bedeutet, da an diesen Tagen der Teufel in besonders starke Vergnügungsraserei verfällt. Streng genommen wurde diese Zeit vom letzten Donnerstag, dem sogenannten "fetten Donnerstag", bis Fastnacht gerechnet. Das war für Beelzebübchen der gesamte Karneval. Denn in Polen konnte er es sich nicht leisten, den Karneval länger zu feiern. Also ass und trank er für hundert Bauern, hatte ein Mundwerk wie vier Weiber, riss Witze wie ein Strassenjunge aus der Stadt und tanzte ohne Unterlass und ohne Ende, ohne zu ermüden. Niemand kann ihn in dieser Kunst übertreffen. Tag und Nacht schwingt er das Tanzbein, obwohl die Augen bereits blutunterlaufen sind und der Schweiss in Strömen herabrinnt. Der Teufel hat eine eiserne Natur, und niemand kann seine Kräfte brechen.... Selbst wenn er die Schuhe beim Tanzen verliert, achtet er nicht darauf; ja, am "fetten Donnerstag" verliert er bereits einen Schuh. Dieser Schuh hat weder männliche noch weibliche Form, sondern soll klein und nicht grösser als der Halbschuh eines jungen Fräuleins sein; ähnlich dem Pantöffelchen einer Prinzessin oder Königin.... Wer mit dem Teufel im Bunde steht, der erachtet es für das allergrösste Glück, eben diesen Schuh zu finden. Das ist der Traum jeder Zauberin und das fieberhafteste Begehren jedes Magiers. Wie diese Leute behaupten, genügt es, sich einen solchen Teufelsschuh auf den Fuss zu ziehen - und er passt jedem wie angegossen -, um das zu erlangen, was mansich wünscht. Der Eigentümer eines solchen Schuhs wünscht z.B. jemandes Tod, und sein Wunsch wird erfüllt. Er berührt einen

Wegstein, und dieser verwandelt sich in einen Palast oder in einen Wald mit allerlei Getier oder in Gold- und Silberbarren... Ebenso wirkt er in Herzensangelegenheiten und in den verschiedensten Krankheiten wie das unfehlbarste Zauberkraut. Kein Kraut und keine Zauberformel nützen gegenüber solcher Kraft, die der wunderbare Schuh besitzt, den der Teufel in jenen Tagen verliert.

Ein Mädchen ist verzweifelt, weil der Teuerste sie nicht liebt. Es genügt, den schlafenden jungen Mann an der linken Seite mit jenem Zauberschuh zu berühren, und er wendet der Verliebten sein ganzes Herz zu. Umgekehrt, wenn eine Frau eines Mannes Liebe nicht erwidert und der unglückselige Junge gar keinen Rat findet, um sie zu erobern, dann hilft gleichfalls unwiderruflich jener Teufelsschuh. Wer zur Abendzeit Zutritt zu ihrem Zimmer hat, der muss sie mit der Spitze jenes Schuhs "im Kreuz kitzeln", und zwar in dem Augenblick, wenn sie sich vor dem Schlafengehen entkleidet. Dann wird sich, wie das Volk sagt und glaubt, bevor der Tag anbricht, jenes gefühllose Mädchen auf Gedeih und Verderb gerade in jenen Mann verlieben, der bisher vergeblich um ihre Liebe bettelte. Kein Wunder also, dass sich alle Zauberinnen bemühen, dieses "Zauberkraut der Zauberkräuter" zu finden - und sie würden sogar nichts dagegen haben, wenn man ihnen den ganzen Fuss abschneidet, wenn sie nur diesen Schuh bekommen könnten. Es gab sogar Leute, die ganze Kirchen beraubten und alle Heiligtümer der Hölle übergaben, um damit jenes Geschäft mit dem Teufel zu machen. Alles umsonst, denn der Teufel gibt um keinen Preis freiwillig seinen Schuh her, der so viel höllische Macht birgt.

Anders verhält es sich natürlich, wenn er ihn aus Versehen verliert, und zu seinem Unglück geschieht das alljährlich in jenen Karnevalstagen. Zauberinnen behaupten, dass er am "fetten Donnerstag" gewöhnlich den linken Schuh verliert, aber diesen Mangel nie sofort bemerkt, sondern erst etliche Nächte später, wenn er auch den zweiten Schuh verliert, was gewöhnlich am Rosenmontag zu geschehen pflegt. Trotzdem tanzt er barfuss bis zur Fastnachts-Mitternachtsstunde. Wenn dann der Augenblick der Besinnung kommt, dann ärgert er sich ungemein, wie er nur diese so kostbaren Schuhe verlieren konnte. Aber der Verlust bereitet ihm nicht allzu grossen Kummer, denn er macht ihn am Aschermittwoch sofort wieder wett, indem er seinen Pferdefuss in Asche taucht, bevor diese für die Gläubigen geweiht wird. Sofort fühlt er nun an den Füßen die gleichen Schuhe, die er in seiner Ausgelassenheit verlor. Nur der Gedanke wurmt ihn, dass aus seiner momentanen Raserei verschiedene Leute Nutzen zogen, indem sie die Schuhe mit der Höllenmacht fanden. Dieser Gedanke bringt den Teufel zur Raserei. Dennoch stürzt er sich im nächsten Jahre mit der gleichen Leidenschaft der Tanzlust in die Arme und verliert wieder seine Schuhe. Das wissen die Zauberinnen sehr wohl. Deshalb verfolgen sie während jener Tage ihren "Chef" und bemühen sich, mit ihm wenigstens einen Augenblick lang am "fetten Donnerstag" oder am Rosenmontag zu tanzen. Natürlich ist es nicht leicht, mit dem rasenden Satan zu tanzen.

Es geschah einmal, dass eine Zauberin, die das Vertrauen der ganzen Hölle besass, kurz entschlossen mit dem Teufel am "fetten Donnerstag" den rasenden Tanz begann. Obwohl sie der Teufel herumdrehte und sie beinahe in alle vier Winde gewirbelt hätte, behielt sie doch einen klaren Kopf und überlegte, wie sie den Zauberschuh erringen sollte. Sie liess den Blick von jenem Zauberschuh nicht ab, um zu gewahren, wenn der Schuh herabfiel, und ihn unbemerkt zu erhaschen. Die Kräfte verliessen sie, und der Teufel dachte nicht im entferntesten daran, seine Schuhe zu verlieren. Deshalb nahm sie zu einem Trick ihre Zuflucht. Sie erinnerte sich nämlich, dass der Teufel über Hühneraugen klagte, die ihm sehr viel Sorge machten, und begann nun, ihm während des Tanzes auf die Fussspitzen zu treten und ihn damit zu quälen. Aber ihr Plan gelang nur zur Hälfte. Sie trat ihn auf sein allerschönstes Hühnerauge, sodass sich der Teufel vor Schmerz in die Zunge biss und den Pferdefuss so hoch schwang, dass der Schuh herabfiel. Gleichzeitig packte ihn aber solche Wut, dass er mit aller Gewalt die verzweifelte Zauberin an sich drückte und nicht viel

fehlte, dass er ihr die Knochen gebrochen hätte. Auch nicht einen Augenblick lang liess er sie los und begann, sie so toll herumzudrehen, dass es auch der Sturmwind nicht besser gekonnt hätte. Und er tanzte mit ihr ohne Unterlass vom "fetten Donnerstag" bis zum Aschermittwoch, bis er ihr alle Knochen im Leibe durcheinander geschüttelt hatte.... Des Teufels Schuhe fanden zwei andere Zauberinnen - ohne dass eine von der anderen etwas wusste. Dieser so rasende Fastnachtstanz mit der schlaunen Zauberin hatte den Teufel aber derart erschöpft, dass er die alte Gewohnheit vergass und in jenem Jahre nicht bis zum Schluss selbst tanzte.

Da im Polnischen das Wort Tod weiblichen Geschlechts ist, so bildete sich im Volksglauben diese Sage zum Bilde der mit dem Teufel tanzenden Zauberin Tod, der unter dem weissen, gallertartigen Gewand alle Knochen klappern, ohne dass sie bei diesem höllischen Tanz auseinanderfallen, so oft auch Gevatter Teufel im Eifer des Gefechtes seine reizende Partnerin an sich drückt. Beide tanzen inmitten der allgemeinen Freude und des grosses Festes, vergessen die ganze Welt und amüsieren sich für die ganze Zukunft, da es ja nur einmal im Jahre möglich ist... Obwohl der Teufel jährlich seine Schuhe verliert, hat Gevatterin Tod bei diesem Teufelstanz noch nie die wohlgeschärfte Sense eingebüsst... Im Gegenteil, auch in den stürmischsten Augenblicken hält die Hand die Sense fest und lässt sie nicht los, niemals - bis zum Ende der Welt, wenn nach der Fastnacht dieses Lebens statt des Aschermittwochs der grosse Gerichtstag eintritt. . . .

So erzählt das Volk auf den Dörfern, glaubt fest daran, bewahrt es in der Kammer seiner Seele und überliefert es von Generation zu Generation, ohne auch nur etwas fortzulassen, denn die "Tradition" ist für das Volk alles.

(Aus dem Polnischen übertragen von Dr. Leo Koszella.)

Politik in Versen.^x

SPD. Ein einzigartiger Fall in der Geschichte der Parlamente trug sich kürzlich zu, als Ture Nerman, der bekannte junge schwedische Dichter und eins der wenigen kommunistischen Parlamentsmitglieder im schwedischen Reichstag seine Antrittsrede in eleganten Hexametern hielt, sie jedoch mit so grosser Gewandtheit und Natürlichkeit sprach, dass kaum einer seiner Zuhörer merkte, dass er Verse vortrug. Am nächsten Tage druckten verschiedene Blätter diese eindrucksvolle kommunistische Erklärung, die die Forderungen der Gerechtigkeit enthielt, ahnungslos ab, und da erst merkten die Leser, dass die Rede eine regelrechte Dichtung war.

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich um eine kommunistische Erklärung handelte, war die Rede ziemlich gemässigt. Sie wirkte wie eine ehrliche Proklamation an die Prinzipien der Menschlichkeit. Das Organ der Kommunistischen Partei erwähnte nicht, dass hier eher der Dichter als der Politiker gesprochen hatte, und dass die Rede in Hexametern gehalten worden war. Die bürgerliche Presse nahm diese Tatsache nicht ohne Ironie hin. Ein Blatt bemerkte, dieses Verschweigen sei wohl so zu erklären, dass die Anhänger der Kommunistischen Partei vermutlich darüber verstimmt seien, dass Nerman seine Rede nach festen, alteingewurzelten poetischen Regeln und nicht in "freien Versen" gehalten habe. Erheiternd (und vielleicht auch bezeichnend für die "Sorgen" der schwedischen Presse) wirkt die Tatsache, dass am nächsten Tage einige Zeitungen in Stockholm das Experiment machten, die Reden anderer prominenter Parlamentsmitglieder auf ihre dichterische Form hin zu untersuchen. Dabei zeigte sich die merkwürdige Tatsache, dass verschiedene Redner unbewusst in poetischem Versmass anstatt in Prasa gesprochen hatten. So hatte z.B. ein Farmer seine Ansprache in ausgesprochenen Jamben gehalten. Ein anderes Reichs-

tagsmitglied hatte das Versmass des finnischen Volksepos "Kalevala", ohne es zu ahnen, benutzt. Der Grund für diese seltsame Entdeckung scheint darin zu liegen, dass das Schwedische eine sehr rhythmische und musikalische Sprache ist. Fast alle schwedischen Hauptwörter und Verben sind zweisilbig. Daraus ergibt sich natürlich ein regelmässiger, gleichtönender Ablauf der Sätze - wenn es auch nicht immer gleich Hexameter sind.

SPD. Das illustrierte Parteiprogramm.^X Im Dietz-Verlag ist eine Neuauflage des sozialdemokratischen Parteiprogramms mit über hundert Illustrationen in Kupfertiefdruck erschienen. Wort und Bild vereinigen sich, um für die Ziele der Sozialdemokratie zu werben. Gerade heute, wo die nationalsozialistische Reaktion die Republik bedroht, wo alle echten sozialistischen Ideen verfälscht und verwirrt werden, "ist," so heisst es mit Recht in dem von Hermann Müller verfassten Vorwort, "Aufklärung über Ziel und Wesen des demokratischen Sozialismus nötiger denn je". Die Bilder zeigen die heutigen gesellschaftlichen Zustände in Fabrik, Bureau, Staat; sie zeigen aber auch, wie machtvoll bereits die Einrichtungen der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse aus dem Heute in die Zukunft des sozialistischen Endziels streben. Es ist eine bekannte Erfahrung, dass das Bild in einer hastenden Gegenwart, in der der überlastete Mensch kaum noch Zeit zum Lesen findet, wirksamer wirkt als das Wort allein. Aus dieser Erfahrung heraus hat der Bilder-Redakteur des Bändchens, Friedrich Wendel, die Illustrationen zusammengestellt. Die Bilder leiten den Leser überaus anschaulich zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge der Gegenwart an. Dem Verlag Dietz ist es gelungen das 80 Seiten starke Büchlein für 90 Pfennige in den Buchhandel zu bringen. So wird es noch Unentschiedene mit den Ideen der Sozialdemokratie vertraut machen können und namentlich in den Kreisen der jungen Generation seinen Weg machen!

SPD. Ein merkwürdiges Sternsystem.^X Im Sternbilde der Kassiopeia befindet sich ein höchst merkwürdiger Doppelstern, der die Bezeichnung Boss 46 trägt. Dieses eigenartige Sternsystem besteht aus zwei Riesenonnen, die um einander kreisen, und von denen jede unsre eigene Sonne an Masse mehr als dreissigmal übertrifft. In dem kurzen Zeitraum von ungefähr $3\frac{1}{2}$ Tagen umkreisen sich diese Riesensterne und sind sich dabei so nahe, dass sich höchstwahrscheinlich ihre Oberflächen ständig berühren. Man könnte sie also mit einer in Teilung begriffenen Infusorium vergleichen. Das Fernrohr allein ist für die Beobachtung so nahe stehender Doppelsterne nicht geeignet. Die Erforschung der Bewegung solcher Geschwisterwelten erfolgt entweder durch die Beobachtung des Lichtwechsels, der durch die gegenseitige periodische Bedeckung der Sterne entsteht, oder durch die Untersuchung der Lage der dunklen Linien im Spektrum dieser Sterne.

SPD. Strawinskys neuestes Werk. Igor Strawinsky arbeitet gegenwärtig an der Komposition eines Violinkonzerts. Die Uraufführung dieses Werkes soll Mitte Oktober dieses Jahres unter solistischer Mitwirkung von Samuel Dushkin und mit dem Komponisten am Dirigentenpult in einem von der "Funk-Stunde" in Berlin veranstalteten öffentlichen Konzert erfolgen.

Deutscher Reichstag

16. Sitzung vom am 4. Februar, 3 Uhr

SPD. Zwei Abkommen mit der Südafrikanischen Union und mit Guatemala über Patentrechte werden zunächst ohne Aussprache dem Rechtsausschuss, ein Abkommen über die deutsch=belgische Grenze wird dem Ausschuss überwiesen. Zur Beratung kommt dann ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über das Schlichtungswesen in Verbindung mit Interpellationen der Kommunisten und Sozialdemokraten über die Lohnsenkungsaktion der Regierung.

Abg. Schröter-Merseburg (Komm.) begründet die kommunistische Interpellation. Unter dem Druck der Regierung seien in letzter Zeit Lohnsenkungen vorgenommen worden, die in einzelnen Textilwarenfabriken bis zu 50 Prozent gegangen seien. Dabei sei das Lohnniveau der deutschen Arbeiter ohnehin weit niedriger als das der Arbeiter in anderen Ländern. 45 Prozent der deutschen Arbeiter hätten einen Wochenlohn unter 30 Mark und von den Unternehmern werde mit Stilllegungsdrohungen auf eine weitere Lohnsenkung hingearbeitet. Die Unternehmer hatten in dem Kabinett Brüning ein willfähriges Werkzeug für ihre arbeiterfeindlichen Pläne.

Abg. Limbertz (Soz.)

knüpft an die Interpellation der Sozialdemokratie, über den Lohnabbau an, dem ein gleichzeitiger Preisabbau nicht gegenüberstehe. (Andauernde lärmende Zurufe der Kommunisten, die den Redner als Streikbrecherführer etc. bezeichnen) Wenn die Kommunisten uns vorwerfen, dass wir die Regierung Brüning stützen, so sage ich: Hätte das Kriegsende und die Staatsumwälzung die deutsche Arbeiterklasse einig gefunden, dann hätte schon die Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit gehabt, und wenn während der 12 Jahre seither nicht die Organisationen der Arbeiterschaft systematisch zerrüttelt worden wären, dann stände Deutschland heute anders da, und wir brauchten eine solche Regierung nicht zu stützen. Aber die Aktivität unserer Partei seit der Reichstagswahl zeigt, dass die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter für unsere Politik volles Verständnis haben. (Gegen die andauernden störenden Zwischenrufe der Kommunisten geht der Präsident zunächst mit einem Ordnungsruf vor) Die breiten Massen der Arbeiter ziehen unsere verantwortungsbewusste Politik dem Chaos vor, das die Kommunisten und die Nationalsozialisten heraufzubeschwören suchen. Die Letzteren stellen die Reparationsleistungen als Hauptursache der deutschen Krise hin. Hätten wir die Reparationslast nicht, so könnten wir die Steuern allerdings um 10 bis 12 % ermässigen, und aus diesem Geld Anlagen errichten, die vielleicht 150 000 Arbeiter beschäftigen würden. Aber um zum Ende der Reparation zu kommen, ist die Politik notwendig, die die Sozialdemokratie seit Kriegsende getrieben und die bereits eine so starke Herabsetzung der Reparationssumme von den 132 Milliarden des Londoner Ultimatums auf den Youngplan gebracht hat. England hat eine innere und äussere Staatsschuld von 153 Goldmilliarden, Frankreich von 175 Goldmilliarden, und wir hätten nicht weniger, wenn wir die Politik trieben, die die äusserste Rechte und Linke empfehlen.

Man darf an den tieferen Ursachen der Weltwirtschaftskrise nicht vorübergehen. Dazu gehören die Strukturänderungen der Wirtschaft, die schon vor dem Kriege begonnen haben. Durch die Schaffung von 11 000 km neuer Grenzen in Europa sind neue Industrien in anderen Ländern emporgekommen. Auch die Entwicklung der amerikanischen Produktion und die übereilte Rationalisierung haben zu unserm heutigen Zustand beigetragen. Der Kampf um die Rohstoffgebiete und Erdöl, Gummi, Baumwolle usw. ist heute nicht geringer, als vor dem Kriege, bedeutet eine nicht kleinere Kriegsgefahr. Die Nationalsozialisten wollen die deutsche Industrie wieder zur Kriegsindustrie machen. Sie begegnen sich darin mit den Plänen der französischen Schwerindustrie. Es ist bezeichnend, dass die "Deutsche Bergwerkszeitung" kommentarlos einen Artikel des Organs der französischen Schwerindustrie abgedruckt hat, wonach der Ausbau der französischen

Ostfestungen, sowie die Vollendung der Rüstungen in der Tschechoslowakei, in Polen usw. die französische Schwerindustrie nötige, neue Absatzgebiete zu suchen, und daher sollte man Deutschland erlauben, neu aufzurüsten unter der Bedingung, dass dies mit französischen Erzeugnissen geschehe. (Andauernder Lärm äusserst links und rechts). Dass Sie verstehen, Hass und Zwiespalt in die Massen zu tragen, bestreite ich nicht. Ich bedauere nur, dass durch Ihre Schuld die Arbeiterschaft geschwächt wird.

Der Redner zitiert namhafte Sachverständige zum Beweis für die ungeheure Tributleistung des deutschen Volkes von jährlich 1.750 Millionen an die Kartelle, für die Preistreiberei der Privatmonopole, die dadurch gesteigerten Lebenshaltungskosten, was wieder dazu führt, dass der freie Produzent zwischen sinkendem Erlös und steigenden Kosten zerrieben, das Steigen der Kaufkraft des Geldes verhindert und die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands vereitelt wird. Der Kapitalmangel hat nicht zum Geringsten seine Ursache in den übertriebenen Ausbau der Industrie, z.B. im Bergbau, wo von 200 neuen Schächten 105 wieder stillgelegt wurden; die Betriebe verschwinden, aber das Anlagekapital muss weiter verzinst und getilgt werden. Diese Belastung kann die Wirtschaft nicht dauernd ertragen. Professor Bonn sagt in seinem Buch über den Neuen Plan, dass die kapitalistische Produktion ein Stück unproduktiver Erwerbslosenfürsorge für den Unternehmer ist, und er fordert Preissenkungen, die nicht ohne weiteres durch Lohnsenkungen wettgemacht werden können, weil in gewissen Industrien der Lohn nur die Hälfte, im Handwerk sogar nur 10 % der Selbstkosten ausmacht. Will man da die Preise auf Kosten der Löhne senken, so bleibt von den Löhnen schliesslich garnichts mehr übrig. Der Reallohn ist in den letzten Jahren durch Feierschichten und Kurzarbeit weit mehr reduziert worden, als allgemein bekannt ist. Der 20%ige Lohnabbau der Stahlhütte Meiderich wird selbstverständlich von den Gewerkschaften aller Richtungen abgelehnt. (Obernazi Goebbels wird wegen andauernder Zwischenrufe vom Präsidenten vermahnt.) Die äusserste Rechte beschwindelt mit ihrem vorgespiegelten Antikapitalismus die Leute im Lande draussen: Das Schlichtungswesen soll in wirtschaftlich normaler Zeit die Wirtschaft vor schweren Erschütterungen bewahren und auch in Notzeiten unnötige Beunruhigung vermeiden. Selbstverständlich kann der durch die Notverordnung vom 9.v.M. geschaffene Zustand nicht dauern sein. Wir beantragen Ueberweisung des Aufhebungsantrags zu gründlicher Ausschussberatung.

Der kommunistische Ruhrstreik ist kläglich vorbeigelungen. Nicht den Arbeitern zu helfen war der Zweck, sondern kommunistische Parteipolitik zu fördern. Ganz offen haben das (zu den Kommunisten gewandt) Ihre Zeitungen, Druckschriften und Kongresse ausgesprochen, ein politischer Massenstreik sollte es sein. (Lebh. Zustimmung der Komm.) Es sollte ein Streik sein gegen das Kabinett Brüning, gegen die Sozialdemokratische Partei, gegen die Christlichen und gegen alle Gewerkschaften, und vor allem sollte er endlich zu einer kommunistischen Gewerkschaft verhelfen. Mit einer solchen Gründung sind Sie (zu den Kommunisten) vor Jahren schon elend gescheitert. (Wegen andauernder Störung wird der Kommunist Maddalena zur Ordnung gerufen). Eifersüchtelei der Führer spaltete die "Union", deren Rest 1925 zum Bergarbeiterverband übertreten wollte. Von 3.500 Angemeldeten kamen nur einige Hundert. Früher haben die Kommunisten die Vereinigung aller Bergarbeiter in einem Verband empfohlen, jetzt wollen sie den "Roten Bergarbeiterverband". Er wird aber nicht leben und nicht sterben können. Von den 300 000 Ruhrbergleuten haben die Kommunisten höchstens 35.000 mit roher Gewalt 1 - 3 Tage an der Arbeit verhindern können. Wir haben unsere Kameraden aufgefordert, gegen diesen Terror gruppenweise anzutreten, den Knüppel in die Hand zu nehmen und das Gesindel zum Teufel zu jagen. (Andauerndes Geschrei der Kommunisten, von denen einer den zweiten Ordnungsruf erhält). In den Kolonien wurden die Wohnungen unserer Kameraden mit Kreide bezeichnet, Erwerbslose warteten davor, um den Arbeiter, wenn er herauskommt, zu verprügeln. Zwei

unserer Leute sind einfach aus dem Hinterhalt niedergeschossen worden. Das werden sich die Gewerkschaften nicht gefallen lassen; sie sind nicht ein Apparat der "Gewerkschaftsbürokratie", sondern was im Ruhrkampf geschah, ist bestimmt worden durch die in Arbeit stehenden Funktionäre, nicht durch die Angestellten. Wir haben den Lohnabbau nicht gut geheissen, aber die Gewerkschaften können nicht all das fordern, was sie wünschen, sie müssen die Wirtschaftslage in Betracht ziehen und genau prüfen, was zum Nutzen der Arbeiter ausschlägt. (Obernazi Goebbels erhält einen zweiten Ordnungsruf) Ihnen (zu Herrn Goebbels gewandt) stehen solche Zwischenrufe besonders gut an, deren finanzielle Unterstützung durch die Unternehmer allbekannt ist. Die Hitler, Frick und Jung haben die Schwerindustriellen mit ihrem national-"sozialistischen" Programm begeistert. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aber sind sich ihrer ernstesten Verantwortung bewusst. Nur durch geschlossene und starke Organisation können die Arbeiter ihre Interessen vertreten. Dafür kämpfen wir, und dieser Kampf wird alle Bestrebungen der Kommunisten und der Nazis zuschanden machen. (Stürmischer Beifall der Soz.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald

kündigt an, dass er in dem zuständigen Ausschuss eingehend über Lohnabbau, Schlichtung usw. sprechen werde: Da die Erleichterung für die Wirtschaft nicht bei den Frachten und Steuern erfolgen kann, musste man an die Löhne greifen. Aber alle Erleichterungen können nicht von daher kommen, und es können auch nicht an den sozialen Lasten noch Milliarden gespart werden. (Zurufe rechts: Youngplan!) Die Debatte über den Youngplan ist so abgedroschen, dass man nicht immer wieder darauf kommen sollte. (Lärm rechts) Der Krieg hat in unserer Wirtschaft derartige Werte vernichtet, dass sie auch ohne den Youngplan eine schwere Krise durchmachen müsste. (Goebbels wird wegen dauernder Zwischenrufe zur Ordnung verwiesen) Es ist unmöglich, die Löhne durch die Staatsmacht auf der seitherigen Höhe zu stabilisieren. In einer Zeit der grossen Arbeitslosigkeit würde man damit politisch und sozial mehr zerschlagen, als man wirtschaftlich aufbauen kann. Die Staatsmacht kann nur mässigend und ausgleichend in den sozialen Kämpfen wirken. Die Schwereisenindustrie leidet darunter, dass jenseits der Grenze des Saargebietes und Oberschlesiens die Löhne erheblich niedriger sind. Da kann die Staatsmacht auch den deutschen Lohn nicht stabilisieren. Die starken Lohnsenkungen, die der kommunistische Redner angeführt hat, sind nicht durch das Schlichtungswesen herbeigeführt worden. Es stimmt auch nicht, dass von Preissenkungen nichts zu spüren ist. Die Reichsregierung wird bestrebt sein, in das Tarifvertragswesen grössere Elastizität hineinzubringen; das staatliche Schlichtungswesen und das Tarifvertragswesen wollen wir aufrecht erhalten.

Abg. Dr. Agena (Dnat.) schliesst sich dem kommunistischen Antrag an. Die Regierung betrachtet wohl schon die Notverordnungen als Normalzustand. Damit kommen wir allmählich in den Zustand der Diktatur hinein. Diese Notverordnung ist schon deshalb zu bekämpfen, weil sie die Verantwortung der streitenden Parteien also auch die der Gewerkschaften vermindert.

Abg. Stürtz (Natsoz) sieht die Abhilfe gegen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau im Kampf gegen die Reparation, und schliesst unter dem Jubel seiner Fraktion mit den Worten: Vielleicht erlässt bald eine andere Regierung die Notverordnung, die diesen Herrschaften (gemeint ist die Linke) verbietet, durch ihre Anwesenheit hier das Deutsche Volk zu provozieren.

Abg. Winnefeld (DVP) hält dem Vorredner seine linksradikale Vergangenheit vor und wird dafür von den Nazis ausgelacht, angepöbelt und niedergebrüllt, bis Präsident Löbe mit den schärfsten Massnahmen droht. Winnefeld spricht aber nicht weiter.

Abg. Stürtz (Natsoz) erwidert, er sei durch die Ruhrbesetzung Hitlerianer geworden, und er habe in die Rote Fahne das Hakenkreuz hineingebracht. (Begeisteter Jubel der Natsoz.)

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Opposition dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt ein Antrag des Haushaltsausschusses, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, allen Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern und Fürsorgeberechtigten Frischfleisch zu einem Preis zu liefern, der nicht höher ist, als der Preis des zollfreien Gefrierfleisches war.

Hierzu wird aus dem Hause beantragt, die Beratung auszusetzen, bis der Handelspolitische Ausschuss über den sozialdemokratischen Antrag berichtet hat, das zollfreie Gefrierfleischkontingent wieder zuzulassen.

Kommunisten und Nationalsozialisten sprechen gegen den Aussetzungsantrag, der jedoch angenommen wird. Auch die Sozialdemokraten stimmen dafür, und zwar aus dem Grunde, dass die Kosten, die die Ausführung der Entschliessung des Haushaltsausschusses verursachen würde, nicht zu übersehen sind, und dass bei ihrer Annahme der Handelspolitische Ausschuss den erwähnten sozialdemokratischen Antrag als erledigt erklären könnte.

Um 17½ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 15 Uhr: Etat des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 4. Februar 1931.

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die gemeinsame Beratung der Haushalte der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Porzellanmanufaktur fort.

Ministerialdirektor Merten beantwortete eine volksparteiliche Grosse Anfrage wegen des Ueberangebots von Gewerbelehrerinnen. Das Ueberangebot sei eine Folge der Einschränkungen des gewerblichen Unterrichts, zu der die wirtschaftliche Not gezwungen habe.

Abg. Brunk (Dnat.) wandte sich gegen die Durchpeitschung des Handelshaushaltes, wie sie von den Regierungsparteien beabsichtigt sei. Man fäsele von der Not der Wirtschaft, lasse aber für eine sorgfältige Arbeit keine Zeit. Bemerkenswert sei, dass auch diejenigen Staatsmänner heute den Younplan für un-durchführbar hielten, die das Volksbegehren leidenschaftlich bekämpft hätten. Die frevelhafte Steuerpolitik vieler Gemeinden, die Ueberspannung der Sozialpolitik und die politischen Löhne hätten die Wirtschaft weiter der Verelendung entgegengeführt.

Abg. Altegeer (Ztr.) wünscht Senkung der Zinslasten und sprach die Hoffnung aus, dass die Senkung der Hauszinssteuer dem Baugewerbe grössere Arbeiten bringen möge. Da die deutsche Produktion um 20 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert worden sei, müsse die Frage der Absatzmöglichkeiten in den Vordergrund treten. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Brüning stelle den Anfang einer Sanierung und einer Reform des Steuersystems dar. Zum ersten Male würden Ersparnisse in grösserem Umfange an den Ausgaben von Reich und Ländern durchgesetzt. Der Redner setzte sich schliesslich noch für eine engere Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein.

In Beantwortung einer deutsch-volksparteilichen Grossen Anfrage über Bahnbauten in den östlichen Grenzgebieten führte Min. Rat Blank aus, dass im Reichsstaat unter den Osthilfemitteln 10 Millionen RM zu Vorarbeiten für Eisenbahnbauten vorgesehen seien. Die Reichsbahndirektion Oppeln sei angewiesen, die Vorarbeiten für die Strecke Gross-Strehlitz-Kandrzin sofort aufzunehmen. Eine gleiche Anweisung sei für die Strecke Schwerin-Kreuz ergangen. Hinsichtlich der Strecken Gilgenburg-Neidenburg und Namslau-Neumittelwalde schwebten noch Erwägungen, ob nicht eine Kraftwagenlinie zweckmässiger als eine Eisenbahnlinie sei. Die Staatsregierung werde sich auch weiterhin für beschleunigte Inangriffnahme der Bahnbauten mit Nachdruck einsetzen.

Abg. Heidenreich (Dvp.) wünschte intensivere Förderung des Kleinbahnwesens und kritisierte die Kreditpolitik der Banken, die vor allem im Verhältnis zum Mittelstand nicht verständlich sei, weil dem Mittelstand erhebliche Schwierigkeiten bereitet würden, während gerade durch Kredite für Grossunternehmungen starke Verluste entstanden. Die Arbeitslosigkeit könne u.a. auch dadurch bekämpft werden, dass man Mittel zur Erhaltung des Altwohnraums bereitstelle.

Die Beratung wurde dann unterbrochen zur Vornahme von Abstimmungen zu den Haushalten der Landwirtschafts-, Domänen- und Gestütsverwaltung. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten werden alle Anträge abgelehnt, die eine Besserstellung der Landarbeiter bzw. deren Gleichstellung in arbeitsrechtlicher Beziehung mit den Industriearbeitern verlangen. Die Kulturschande des Hofgängersystems soll also nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit aufrecht erhalten bleiben. Annahme fand u.a. ein sozialdemokratischer Antrag, pachtfreiwerdende und dazu geeignete Domänen in Selbstbewirtschaftung des Staates zu nehmen und daraus bäuerliche Beispielswirtschaften zu machen. - Dann wird die Debatte über den Handels- und Gewerbeetat fortgesetzt.

Abg. Mohrbotter (Dt.-Hann.) wendet sich gegen die Betriebe der öffentlichen Hand und fordert Steuersenkung und Abbau der sozialen Lasten.

Abg. Dr. Zeitlin (Staatspt.) lehnt die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ab. Eine Kürzung der Arbeitszeit sei zu erwägen und die Arbeitslosenfürsorge mehr als bisher produktiv zu gestalten.

Abg. Schmidt-Breslau (W.P.) gibt dem heutigen Steuersystem die Hauptschuld an der Wirtschaftskrise. Die Betriebe der öffentlichen Hand ruinierten die Privatwirtschaft, ebenso die Sonderrechte der Warenhäuser und Konsumgenossenschaften. Die Arbeitsdienstpflicht müsse kommen. Die Sozialdemokratie brauche die Arbeitslosen zur politischen Propaganda. Der Preisabbau werde durch die steuerliche Belastung wieder aufgehoben.

Abg. Frau Ulbrich (Christl. Soz.) hält die Forderung nach Arbeitsdienstpflicht für eine Verhöhnung der Arbeitslosen. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter müsse endlich aufhören. Die Gewerbeaufsicht müsse sich um das Elend der Heimarbeiter mehr als bisher kümmern.

Abg. Frau Hanna (Soz.):

Die Sorge um die Arbeitslosen ist der Hauptgegenstand der heutigen Aussprache. Aber mit Reden ist den Opfern der Wirtschaftskrise allein nicht gedient. Wer es ernst meint mit der Bekämpfung der Wirtschaftsnot, muss auch dafür sorgen, dass sich in der Zeit der Krise die Erwerbslosen über Wasser halten können. Aber er muss darüber hinaus auch mitwirken an der Beseitigung eines Systems, das alle Produkte im Ueberfluss liefert, das auf der anderen Seite aber diejenigen, die nicht mehr im Wirtschaftsprozess stehen, zu Millionen hungern und frieren lässt. Diese Tatsache allein, die sich jetzt so furchtbar auswirkt, zeigt den ganzen Widersinn des kapitalistischen Systems. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Unsere Vorschläge wollen die Ursachen der Krise, soweit das innenpolitisch möglich ist, beseitigen. Wir wollen zunächst die Erhöhung der Kaufkraft der Massen, weil wir wissen, dass damit nicht nur dem Arbeiter, sondern auch den Unternehmern geholfen wird. Statt dessen erhebt das Unternehmertum die Forderung des Lohnabbaus. Diese Forderung ist ja inzwischen zu einer internationalen Erscheinung geworden. Es ist aber undenkbar, dass sich die Arbeiter diesen Zustand länger gefallen lassen, wenn nicht ernsthaftere Massnahmen ergriffen werden, diese furchtbare Not zu beseitigen. Zu diesen ernsthaften Massnahmen rechnen wir allerdings nicht die hier von anderen Rednern geforderte Arbeitsdienstpflicht, die ja von allen vernünftig Denkenden längst abgetan ist. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Mit dem Preisabbau kommen wir dem Problem der Beseitigung der wirtschaftlichen Not schon näher. Bis jetzt hat er sich allerdings noch nicht fühlbar gemacht. Auf keinen Fall darf er aber durch einen Lohnabbau eingeleitet werden, wie man das bereits mit Erfolg versucht hat. (Sehr wahr! b.d. Soz.) Dass der Preisabbau bis jetzt nicht wirksam wurde, liegt an anderen Faktoren. Ich verweise auf die schon so oft kritisierte Preispolitik der Kartelle und Trusts. Leider scheinen diese wirtschaftlichen Organisationen einen so starken Einfluss auf die Regierungen des Reiches und der Länder zu haben, dass es unmöglich ist, ihnen beizukommen.

Der grösste Teil der wirtschaftlichen Not aber ist zweifellos auf die Rationalisierung und Technisierung zurückzuführen. Die Opfer dieser Massnahmen sind nicht zählbar. Sie werden vom internationalen Arbeitsamt auf etwa die Hälfte aller Arbeitslosen überhaupt geschätzt. Es ist auf die Dauer einfach unmöglich, es wird unerträglich, bei gleichen Arbeitsmethoden die gleiche Arbeitszeit beizubehalten. Deshalb erheben wir mit allem Nachdruck die Forderung auf Herabsetzung der 48-stündigen Arbeitszeit in der Woche auf 40 Stunden. (Lebh. Zustimmung! b.d. Soz.) Der Achtstundentag ist bei unseren heutigen Arbeitsmethoden zu lang. Früher haben wir die Verkürzung der Arbeitszeit aus

kulturpolitischen Gründen gefordert, heute verlangen wir sie aus arbeitsmarkt= politischen Interessen. Die Arbeitsleistungen sind bei den modernen Arbeits= methoden um ein gewaltiges gestiegen, in Nordamerika von 1910 bis 1919 auf den Kopf des Arbeiters um 45 %. (Hört!Hört! b.d.Soz.) Laufendes Band, Stoppuhr, Aufsicht etc. sorgen dafür, dass aus dem Einzelnen das menschenmögliche heraus= gepresst wird. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die grössere Ergiebigkeit der Arbeit auch einen Lohnausgleich bedingt. Auf das Gegenargument, dass die Wirtschaft nicht vertragen kann, antworten wir, dass zur Wirtschaft schlie= lich auch der Arbeiter gehört. (Sehr wahr! b.d.Soz.) Wir verlangen damit kei= ne Ausnahmestellung für den Arbeiter, wir verlangen für ihn nur dasselbe Recht das andere Berufszweige wie z.B. die Landwirte für sich in Anspruch nehmen, wenn Naturkatastrophen den Ertrag ihrer Arbeit vernichten. Diejenigen, die die heutige kapitalistische Wirtschaftsforderung als etwas göttliches ansehen, soll= ten dann auch so konsequent sein, dem Arbeiter dasselbe zu geben, was andere Be= rufsschichten beanspruchen. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Ein vom Ausschuss bereits angenommener und von uns eingebrachter Antrag soll die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen, die Auswirkungen der Rationalisie= rung zu beobachten und darüber zu berichten.

Wir werden also alle Massnahmen unterstützen, den arbeitslosen Opfern dieses Systems Hilfe zu bringen. Dazu gehört auch die Bekämpfung der Ueber= stunden und vor allen Dingen die Verhinderung von Scheinstillegungen, die häu= fig nur vorgenommen werden, missliebige Arbeitskräfte loszuwerden.

Noch ein Wort zu den Vorschlägen, die Doppelverdiener abzuschaffen und vor allem die verheiratete Frau aus der Erwerbstätigkeit herauszunehmen. Ueber die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau scheint keine Klarheit zu herrschen. Es scheint auch, dass mit dieser Forderung Hoffnungen erweckt werden, die sich nicht erfüllen lassen. Im ganzen arbeiten heute 3,7 Millionen verheiratete Frauen. Davon helfen rund 2½ Millionen mit als Familienangehörige, z.B. in der Landwirtschaft. Es wäre vielleicht in der Theorie möglich, ½ Million Ar=beitsplätze freizumachen durch Entlastung verheirateter erwerbstätiger Frauen. Aber auch das ist praktisch nicht möglich, weil der grösste Teil davon nur durch die Not gezwungen ist, mitzuverdienen. Die Durchführung einer solchen Massnahme würde also nicht den gewünschten Erfolg haben und in den einzelnen Fällen nur eine grosse Härte bedeuten. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Es ist völlig unrichtig, wenn Herr Heidenreich behauptet, die Sozialde= mokratie habe gegen sozialpolitische Gesetze gestimmt. Die Sozialdemokratie hat nur unter dem Sozialistengesetz gegen solche sozialpolitische Gesetze ge= stimmt, die völlig unzureichend waren und mit denen man ihr das Wasser abgra= ben wollte. In Jahrzehntelangem Kampf ist die Sozialdemokratie in der Sozial= politik bahnbrechend gewesen und sie kann mit Stolz alle Erfolge auf ihr Kon= to schreiben. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Hilfe in dieser Wirtschaftskrise kann nach dem Rezept der Wirtschafts= partei nicht der Kampf bringen gegen die Gemeinwirtschaft, gegen Warenhäuser und Konsumvereine. Diese sind es nicht, die das Kleingewerbe konkurrenzunfähig machen. Nur nach unseren Vorschlägen wird es gelingen, Abhilfe zu schaffen. Aber dabei muss man das Wohl der Gesamtheit über die kleinen Interessenten= haufen stellen. Das zu tun, wird die Aufgabe der Sozialdemokratie auch in ih= rem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit sein. (Lebh. Beifall b.d.Soz.)

Weiterberatung Donnerstag 12 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

Berlin, den 4. Febr. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag stimmte am Mittwoch über die Anträge ab, die die einzelnen Fraktionen zu den Etats der Landwirtschafts-, Domänen- und Gesteuerverwaltung eingebracht hatten. Dabei wurden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien alle Anträge angenommen, die Zollerhöhungen für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte und handelspolitische Erschwerungen verlangen. Mit derselben bürgerlichen Mehrheit wurden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten auch alle Anträge abgelehnt, die eine Besserstellung der Landarbeiter, resp. deren Gleichstellung in arbeitsrechtlicher Beziehung mit den Industriearbeitern forderten. Nach dem Willen dieser bürgerlichen Mehrheit soll es also bei der Kulturschande des Hofeigensystems bleiben.

Die hierauf fortgesetzte Debatte über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung brachte ein ganzes Bündel Wünsche der einzelnen bürgerlichen Parteien. Aber keiner der bürgerlichen Redner versuchte sich ernsthaft mit der Rede des Abg. Osterroth (Soz.) vom Dienstag auseinanderzusetzen. Fast alle sahen die Ursachen der Wirtschaftskrise im Steuersystem, in der Wirtschaft der öffentlichen Hand und in der Ueberspannung der Sozialpolitik. Der Redner der Wirtschaftspartei wettete ziemlich eine Stunde lang gegen die Konkurrenz der Warenhäuser und Konsumvereine und empfahl aufs wärmste die Arbeitsdienstpflicht.

Abg. Frau Hanna (Soz.) setzte sich mit alle den kleinbürgerlichen Vorschlägen auseinander, die nach der Ansicht der Wirtschaftsparteiler und ihres Anhangs Allheilmittel sein sollen und die geflissentlich übersehen, dass die ganze Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Rationalisierungs- und Technisierungsmethoden die Hauptschuld an der jetzigen Krise trägt. Sie rückte deshalb wieder in den Vordergrund das grosse Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nichts offenbart wohl besser den Widersinn des kapitalistischen Systems als die Tatsache, dass auf der einen Seite Gebrauchsgegenstände im Ueberfluss produziert werden, während andererseits Millionen hungern und frieren müssen, also am Nötigsten Mangel leiden.

Da ist einmal die Erhöhung der Kaufkraft der Massen. Sie allein kann die Wirtschaft ankurbeln. Aber dieses Ziel ist nicht zu erreichen durch Lohnabbau, wie es ein Teil des Unternehmertums bereits mit Erfolg versucht hat. Es ist ganz selbstverständlich, dass Lohnabbau die Kaufkraft weiter herabdrücken muss. Es ist ganz undenkbar, dass sich die Arbeiter diesen Zustand länger gefallen lassen. Zu den ernsthaften Massnahmen, die ergriffen werden müssen, gehört z. B. die Beseitigung der diktatorischen Preispolitik der Kartelle, die in den wichtigsten Produkten einen wirksamen Preisabbau verhindert haben. Hier müssen sich die Regierungen des Reiches und der Länder endlich von den scheinbar sehr starken und gefährlichen Einflüssen der Kartelle und Trusts freimachen und die Sozialdemokratie wird das ihrige dazu tun, diese Forderung durchzusetzen.

Die Tatsache der Rationalisierung und Technisierung hat Millionen von Arbeitskräften überflüssig gemacht. Sie hat sich also nur zu Lasten der Arbeiterklasse ausgewirkt. Die Opfer der Rationalisierung sind unzählbar, aber sie werden vom internationalen Arbeitsamt auf etwa die Hälfte aller Arbeitslosen geschätzt. Darüber hinaus aber hat sie durch Stoppuhr, laufendes Band, Aufsicht usw. die Produktivität des Einzelarbeiters unerhört gesteigert, in Nordamerika z. B. von 1910 bis 1919 um 45 Prozent auf den Kopf des Arbeiters. Diese Feststellungen allein sollten der Allgemeinheit sowohl als auch den verantwortlichen Staatsmännern begreiflich machen, dass es nur ein Mittel gibt, bei diesen gesteigerten Produktionsmethoden ausgleichend zu wirken: die Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden in der Woche.

Selbstverständlich bedingt die grössere Ergiebigkeit der Arbeit auch einen Lohnausgleich. Zur Wirtschaft gehört ja schliesslich auch der Arbeiter, ohne